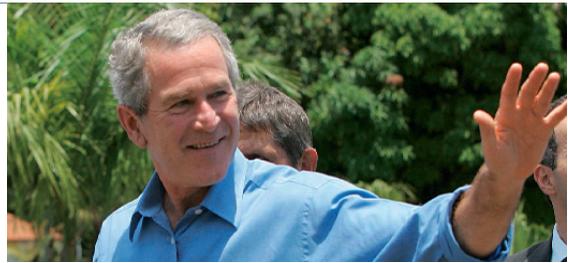




Universität Potsdam



Nina Kolleck

Von Alaska bis Feuerland?

Hegemonie, regionale Integration und die panamerikanische Freihandelszone ALCA/FTAA

Nina Kolley: Von Alaska bis Feuerland?

Nina Kolleck

Von Alaska bis Feuerland?

Hegemonie, regionale Integration und die
panamerikanische Freihandelszone ALCA/FTAA

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2008

<http://verlag.ub.uni-potsdam.de>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Telefon +49 (0)331 977 2533 / Fax -2292,
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends Thesis**

wird herausgegeben von apl. Prof. Dr. habil. Jochen Franzke,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 1 (2008)

Kolleck, Nina: Von Alaska bis Feuerland? Hegemonie, regionale Integration und die panamerikanische Freihandelszone ALCA/FTAA

Satz: Martin Anselm Meyerhoff

Lektorat: Enrico Wagner

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Umschlagfotos: Ricardo Stuckert/PR und Valter Campanato/ABr

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© 2008 WeltTrends e.V.

ISSN (print) 1866-0738

ISSN (online) 2191-1673

ISBN 978-3-940793-16-4

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der
Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2008/1903/>

URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-19033>

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-19033>

Meiner Luana

Inhalt

I. Einleitung	9
II. Freihandelstheorie, ökonomische Integration und das Spaghetti-Bowl-Phänomen in den Amerikas	12
III. Hegemoniale Stabilität	17
IV. Neogramscianische Perspektiven	26
V. Fazit	37
VI. Bibliographie	40

I. Einleitung

„Das was ist zu begreifen, ist die Aufgabe der Philosophie, denn das was ist, ist die Vernunft. Was das Individuum betrifft, so ist ohnehin jedes ein Sohn seiner Zeit; so ist auch die Philosophie, ihre Zeit in Gedanken erfaßt. Es ist ebenso töricht zu wähen, irgendeine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als, ein Individuum überspringe seine Zeit, springe über Rhodos hinaus. Geht seine Theorie in der Tat drüber hinaus, baut es sich eine Welt, wie sie sein soll, so existiert sie wohl, aber nur in seinem Meinen – einem weichen Elemente, dem sich alles Beliebig einbilden läßt.“

Georg Wilhelm Friedrich Hegel

Das Projekt der Bildung eines amerikanischen Wirtschaftsblocks ist nicht neu. Auf der ersten Konferenz der Amerikanischen Staaten 1889/1890 regte der US-Präsident Grover Cleveland die Bildung einer kontinentalen Zollunion an. Sein Ziel war es, Wettbewerbsvorteile für US-Industrien zu schaffen und so der Konkurrenz europäischer Staaten besser standhalten zu können. Das Projekt scheiterte an der fehlenden Unterstützung durch die Länder Lateinamerikas. Die USA beharrten nicht weiter auf dem Versuch der regionalen Liberalisierung und begannen auf bilateraler Ebene Handelsabkommen auszuhandeln. Doch die Initiative blieb nicht ohne Ergebnis. So entstand 1910 die Panamerikanische Union, die Keimzelle für die spätere OAS (Organization of American States) (Gratius 2001, S. 7).

Alle beteiligten Staaten profitieren von Liberalisierungsmaßnahmen, will man der Freihandelstheorie und der Theorie wirtschaftlicher Integration Glauben schenken. Nur durch die Beseitigung jeglicher protektionistischer Maßnahmen kann danach Effizienz gesteigert und Wohlstand maximiert werden. Mit dem Ziel, die multilaterale Liberalisierung voranzutreiben, wurde 1947 auf Initiative der USA das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) gegründet. Das Meistbegünstigungsprinzip nach Art. I GATT bestimmt, dass Handelsvorteile, die einem Staat eingeräumt werden, auch für alle anderen Staaten gelten müssen. Als die Verhandlungen um ökonomische Liberalisierung in den 1970er Jahren stagnierten, gaben sich die USA nicht mehr mit einem ausschließlich multilateralen Ansatz zufrieden. Stattdessen wird seit Ende der 1970er Jahre ein *Multi-Track-Approach* vertreten, der die Wahl zwischen multilateralem, unilateralem und regionalem Vorgehen ermöglicht und Art. I GATT wesentlich einschränkt. In den Amerikas entstand seitdem eine Reihe an regionalen und

bilateralen Handelsabkommen, die sich zum Teil gegenseitig überschneiden und zu einem komplizierten Regelwerk, dem so genannten Spaghetti-Bowl-Phänomen, geführt haben. Freihandelszonen, wie auch das Vorhaben der ALCA (Acuerdo de Libre Comercio), versprechen unter anderem die Unübersichtlichkeit des Spaghetti-Bowl-Regionalismus aufzulösen und Transaktionskosten zu mindern.

Obwohl nach der dominanten Wirtschaftstheorie alle beteiligten amerikanischen Staaten von der ALCA profitieren würden, kam die ALCA am 1. Januar 2005 nicht zustande. Der ursprüngliche Zeitplan wurde damit nicht eingehalten und auch in näherer Zukunft bleibt die Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens unwahrscheinlich.

Nicht nur das ALCA-Projekt wurde bisher nicht verwirklicht. Trotz weltweit zunehmender regionaler Freihandelszonen, trifft das Projekt der globalen Liberalisierung auf fundamentale Probleme. So konnten auch das WTO-Treffen (World Trade Organization) in Cancún, die Doha-Runde sowie das EU-Lateinamerika-Treffen in Wien den Prozess nicht vorantreiben.

Forschungen zu wirtschaftlicher Kooperation bezogen sich in erster Linie auf die Fragen, wie und warum Staaten kooperieren – selten wurde das Scheitern von Kooperationen thematisiert. Diese Analyse wendet sich der Forschungslücke zu und analysiert als abhängige Variable die Nicht-Unterzeichnung des Freihandelsabkommens ALCA/FTAA. Es wird geprüft, ob Herrschaftsinteressen der beteiligten Akteure den ALCA-Prozess maßgeblich beeinflussten. Dabei wird insbesondere die Hypothese untersucht, dass sich auf dem amerikanischen Kontinent bisher keine Hegemonie etablieren konnte, die in der Lage gewesen wäre, die panamerikanische Freihandelszone durchzusetzen. Freihandelszonen werden in der Literatur meist ausschließlich ökonomisch analysiert. Es sind Theorien zu finden, die auf ökonomischer Ebene Hinweise für eine Beantwortung der zentralen Frage geben können. Um das Scheitern der ALCA im Jahr 2005 zu begründen, werden hier drei Theorien als unabhängige Variablen herangezogen. Die Infant-Industry-Argumentation liefert einen Ansatz zur Erklärung protektionistischen Verhaltens. Neben den wirtschaftstheoretischen Ansätzen werden jedoch auch politische, ideologische und gesellschaftliche Dimensionen in die Analyse einbezogen.

Aufgrund der zeitlichen Nähe zu den Verhandlungen und ihrem vorläufigen Scheitern ist die Anzahl wissenschaftlicher Analysen über die ALCA begrenzt, so dass diese Analyse zum Teil auf Literatur über andere regionale Freihandelsabkommen basiert. Als besonders ergiebig und interessant erwiesen sich eigene Interviews mit Vertretern der beteiligten Länder, die teilweise maßgebliche Rollen in den ALCA-Verhandlungen besaßen. Aus Platzgründen werden diese Interviews nur auszugsweise verwendet. Da die Autorin die Debatte um die panamerikanische Freihandelszone insbesondere in Südamerika verfolgt hat, werden vorwiegend spanische Abkürzungen verwendet. Portugiesische und spanische Zitate wurden von der Autorin übersetzt und als Fußnote beigefügt, englische und französische Zitate verbleiben im Original.

Theoretische Orientierung

Für die Beantwortung der zentralen Frage wird die theoretische Grundlage vorgestellt, auf der Freihandelszonen aufbauen. Die Freihandelstheorie nach Smith und Ricardo sowie aktuelle Debatten um ökonomische Integration und Handelsblöcke werden als erste unabhängige Variable herangezogen. Die Darstellung des theoretischen Kontextes von Freihandelszonen dient weiterhin dem Ziel, die ideologische Basis der ALCA aufzuzeigen. Eine kurze Beschreibung der Entwicklung des ALCA-Prozesses bis zum Gipfel in Mar del Plata soll im folgenden Kapitel einen Überblick über die Konflikte und Schwierigkeiten geben, die sich auf der politischen Ebene bis zum Jahr 2005 offenbarten. Die Kontroversen machen deutlich, dass eine Beantwortung der Frage mit rein ökonomischen Argumenten unzureichend wäre. Auf der Suche nach einer differenzierteren Antwort werden zwei theoretische Ansätze der Internationalen Beziehungen¹ als unabhängige Variablen herangezogen. Die meisten Ansätze und Theorien der Integrationsforschung beziehen sich auf den europäischen Einigungsprozess und sind nur begrenzt auf den amerikanischen Kontinent übertragbar. Im ALCA-Prozess hatten Macht- und Herrschaftsansprüche eine herausragende Bedeutung, so dass zwei Konzepte verwendet werden, in denen Hegemonie ein zentrales Element darstellt: die

1 Als internationale Beziehungen wird im Folgenden der Gegenstand der internationalen Beziehungen an sich, als Internationale Beziehungen hingegen die Teildisziplin der Politikwissenschaft bezeichnet.

Theorie hegemonialer Stabilität und *Neogramscianische Perspektiven*. Beide Ansätze unterscheiden sich in ihrem Hegemonieverständnis. Die Untersuchung hegemonialer Strukturen bezieht sich dabei auf ihre Bedeutung für die Nichtunterzeichnung der ALCA; es wird keine allgemeine Hegemonieanalyse angestrebt.

Die Theorie hegemonialer Stabilität konzentriert sich auf die materielle Machtanalyse. Der neorealistisch geprägte Ansatz wurde von vielen Seiten kritisiert; Aufmerksamkeit erhielt insbesondere die Kritik liberaler Theorien. Liberale Theorien wenden sich auch innerstaatlichen Politikprozessen und gesellschaftlichen Normen zu. Es kann analysiert werden, warum bestimmte Staaten für die Unterzeichnung eines Freihandelsvertrags plädierten und andere nicht, indem der Einfluss gesellschaftlicher Akteure innerhalb der Nationalstaaten miteinbezogen wird. Für die Beantwortung der zentralen Frage erscheint der politikwissenschaftliche Liberalismus jedoch wenig hilfreich, da er transnationale Entwicklungen und damit das Gewicht der transnational organisierten Zivilgesellschaft vernachlässigt.

Diese Untersuchung zeigt, dass transnationale zivilgesellschaftliche Kräfte und Ideologien den ALCA-Prozess maßgeblich beeinflussten. Weder die Theorie hegemonialer Stabilität noch der politikwissenschaftliche Liberalismus schenken diesen Ebenen Aufmerksamkeit. Es bieten sich neogramscianische Perspektiven an, die Ähnlichkeiten mit konstruktivistischen Ansätzen aufweisen. Der neogramscianische Ansatz nach Cox und Gill wird vorgezogen, weil er Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie den Begriff der Hegemonie berücksichtigt und Interessengruppen und innergesellschaftliche Konflikte stärker einbezieht. Er findet nicht zuletzt deshalb Anwendung, weil politische Theorien in der Nachfolge des Marxismus in Lateinamerika verbreitet sind und sich möglicherweise über eine verwandte Theorie ein besseres Verständnis der inneren Widerstände und Überzeugungen erreichen lässt.²

Ziel der Analyse ist es nicht, die Ansätze in ihrer gesamten Erklärungskraft zu bewerten oder zu falsifizieren; vielmehr soll untersucht werden, ob sie bei der Suche nach Antworten auf die Frage, warum die ALCA nicht zustande kam, eine Hilfe sind.

Regionale Integration wird im Folgenden verstanden als die „messbare Verdichtung bzw. Konzentration internationaler

2 Das soll hier aber nicht bedeuten, quasi wie beim ciceronischen Gottesbeweis die Existenz mindestens eines Gottes auf die empirische Tatsache zurückzuführen, dass alle Völker Götter haben.

Transaktionen zwischen nationalen Einheiten“ (Hummel/Menzel 2000, S. 383). Regionalismus, regionale Integration und Regionalisierung werden dabei synonym verwendet. In Bezug auf den Begriff der Hegemonie bezieht sich diese Untersuchung auf zwei unterschiedliche Definitionen. In der Theorie hegemonialer Stabilität wird Hegemonie verstanden „as preponderance of material resources“ (Keohane 1984, S. 32). Gramscis Hegemoniebegriff beruht immer auf Konsens und Zwang zwischen Herrschern und Beherrschten. Damit wendet sich die gramscianische Hegemonie vor allem ideologischen und gesellschaftlichen Dimensionen zu. Neogramscianer beziehen diesen Hegemoniebegriff auf internationale Beziehungen. Freihandelszonen sind eine Form regionaler Integration und werden hier nach Miller definiert als „arrangements among two or more countries under which they agree to eliminate tariffs and nontariff barriers on trade in goods among themselves. However, each country maintains its own policies, including tariffs, on trade outside the region“ (Miller 2004, XII). Damit gehören Freihandelszonen zur Gruppe der RIAs (Regionalen Integrationsabkommen).

II. Freihandelstheorie, ökonomische Integration und das Spaghetti-Bowl-Phänomen in den Amerikas

Die klassische Freihandelstheorie wurde am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelt und geht zurück auf die Lehren von Adam Smith und David Ricardo. Smith und Ricardo wenden sich gegen die protektionistische Politik des Merkantilismus, der im 16. Jahrhundert die Interessen der europäischen Händler und Manufakturen verkörperte.³ Nach Adam Smith sind Spezialisierung und effiziente Arbeitsteilung Voraussetzungen für die Wohlstandsmaximierung des einzelnen Konsumenten. „The greatest improvement in the productive powers of labour, and the greatest part of the skill, dexterity, and judgement with which it is any where directed, or applied, seem to have been the effects of the division of labour“ (Smith 1976, Vol. I, S. 5). Smith betont, dass Individuen

3 Ziel der Merkantilisten war es, fremden Wettbewerb abzuwehren und die Entwicklung heimischer Industrien zu fördern. Handel betrachten sie als Nullsummenspiel, d.h. es wurde angenommen, dass Länder nur das gewinnen, was andere Länder verlieren. Macht und Wohlfahrt des Staates können nach der merkantilistischen Theorie nur maximiert werden, indem eine positive Handelsbilanz erzielt wird (Cohen 2003, S. 50).

danach streben, ihren Nutzen zu vergrößern. Die unsichtbare Hand des Marktes koordiniere die Einzelentscheidungen und führe zu einem Ergebnis, das von den einzelnen nicht beabsichtigt war (Smith 1976, Vol. I, 477). Handel betrachtet er als Positiv-Summenspiel, bei dem alle profitieren. Länder sollten sich auf die Produktion von Gütern spezialisieren, die sie vergleichsweise effizienter herzustellen vermögen, da sie einen *absoluten* Kostenvorteil besitzen. Weitere Güter könnten aus Ländern importiert werden, die sich wiederum auf die Produktion eines Gutes spezialisieren, das sie am effizientesten produzieren. Durch die ‚Entdeckung Amerikas‘ eröffneten sich nach Smith neue Möglichkeiten des Handels; Folge war eine zusätzliche Steigerung der Produktivität (Smith 1976, Vol I). Ricardo baut auf Smith auf und entwickelt die Theorie der Komparativen Kostenvorteile.⁴ Demnach ist nicht mehr, wie bei Smith, der *absolute* Unterschied der Produktionskosten entscheidend. Vielmehr müssten die *relativen* Unterschiede der Produktionskosten innerhalb der Länder und damit der komparative Kostenvorteil mitberücksichtigt werden. Spezialisierung hält Ricardo auch dann für sinnvoll, wenn ein Land zwei Güter effizienter herstellen kann als ein anderes, denn nur wenn sich ein Land spezialisieren könne es Opportunitätskosten reduzieren. Der unterschiedliche Entwicklungsstand der Länder stelle keine Einschränkung dar, sondern fördere die wirtschaftliche Kooperation. Freihandel sorgt in diesem Sinne für Wohlfahrtsmaximierung, Spezialisierung, Effizienz und schafft komparative Kostenvorteile. Das Streben nach wirtschaftlicher Kooperation und freiem Handel ergibt sich aus natürlichen Sachzwängen. „Dieses Verfolgen des individuellen Nutzens ist wunderbar mit der allgemeinen Wohlfahrt der Gesamtheit verbunden. Indem es den Fleiß anregt, wenn man die Erfindungsgabe belohnt, und wenn man am erfolgreichsten die besonderen Kräfte, die von der Natur verliehen sind, ausnutzt, verteilt es die Arbeit am wirksamsten und wirtschaftlichsten; während es durch die Vermehrung der allgemeinen Masse der Produktionen allgemeinen Segen verbreitet und die Universalgesellschaft der Nationen der zivilisierten Welt durch ein gemeinsames Band des Interesses und Verkehrs miteinander verbindet“ (Ricardo 1923, S. 125-126).

4 Eine übersichtliche Darstellung der Komparativen Kostenvorteile bieten: Krugman/Obstfeld (2006, S. 24-50).

Die Modelle von Smith und Ricardo funktionieren jedoch nur unter bestimmten Prämissen. So gehen Smith und Ricardo von vollkommenen Märkten und der Unbeweglichkeit des Kapitals aus und nehmen Vollbeschäftigung sowie ein ausgeglichenes Handelsbilanzdefizit an. Außerdem profitieren nach der klassischen Freihandelstheorie alle beteiligten Parteien gleichermaßen von Handel; die Probleme, die sich aus einer unausgeglichene Verteilung der Gewinne ergeben können, werden nicht beachtet (Cohen 2003, S. 49-54).

Vertreter der neoklassischen sowie der neuen Handelstheorie kritisieren, ergänzen und konkretisieren die klassische Freihandelstheorie.⁵ In dieser Untersuchung findet die Weiterentwicklung der Ideen lediglich in Bezug auf ökonomische Integration Beachtung.

Kritik an der klassischen Freihandelstheorie

Oft scheint es, als wären England und die Vereinigten Staaten schon immer Verfechter des Freihandels gewesen. Im 19. und 20. Jahrhundert betrieben die USA und England eine aggressive Handelspolitik und förderten durch protektionistische Maßnahmen die ungestörte Entwicklung der heimischen Industrien (Chang 2002). Weniger entwickelte Staaten können sich aus dieser Perspektive im freien Wettbewerb gegen weiter entwickelte Staaten nicht behaupten; wollen sie sich nicht für immer auf die Herstellung von Primärgütern beschränken, muss die *Infant Industry* vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden. Das Infant-Industry-Argument wurde unter anderem vom deutschen Ökonom Friedrich List entwickelt, der den Gebrauch protektionistischer Maßnahmen zum Schutz der Entwicklung aufstrebender Industrien aus nationaler Perspektive verteidigt: „Erst alsdann, wenn die intellektuelle, politische und ökonomische Erziehung der Nation infolge des freien Handels so weit gediehen ist, daß sie durch die Einfuhr fremder Manufakturwaren und durch den Mangel an hinlänglichem Absatz für ihre Produkte in ihren weiteren Fortschritten aufgehalten und behindert wird, sind Schutzmaßnahmen zu rechtfertigen“ (List 1950, S. 71).

Entwicklungsländern verbleibt demnach in einer liberalisierten Weltwirtschaft keine Möglichkeit, sich aus der Position

5 Eine gute Übersicht über die Prämissen der klassischen Freihandelslehre sowie der Weiterentwicklung der Theorie liefern: Cohen/Paul/Blecker (2003, S. 49-79).

eines Produzenten von Primärgütern zu befreien. Industrieländer können im Gegenzug die Entwicklung ihrer Industrien vorantreiben. Die fehlende Möglichkeit der industriellen Entwicklung, gute Standortbedingungen und niedrige Löhne haben nach dieser Sichtweise bei Unterzeichnung der ALCA in vielen lateinamerikanischen Ländern zur Forcierung des Zustands beigetragen. „La levée complète des barrières entre États de niveaux technologiques si différents provoquerait en outre une crise chronique de la balance des paiements, contraignant les pays latino-américains à s'intégrer encore davantage au marché mondial, mais dans une position subordonnée“ (Sader 2001, S. 6).

Regionalismus vs. Multilateralismus

Jacob Viner (1950) unterscheidet in seiner Analyse der präferentiellen Handelsabkommen zwischen *trade creation* und *trade diversion*, d.h. zwischen handelsschaffenden und handelsablenkenden Effekten. Ein handelsschaffender Effekt tritt ein, wenn sich intraregionaler Handel durch den Abbau von Handelshemmnissen verstärkt. Handelsablenkung beschreibt, dass sich der Warenaustausch auf weniger effiziente Standorte verlagert. Handel wird in diesem Fall nicht von der Effizienz der Produktion bestimmt, sondern von der Höhe des jeweiligen Zollniveaus (Viner 1950, S. 43).⁶ RIAs sind nach dieser Logik nur legitim, wenn handelsschaffende Effekte überwiegen.

Die Debatte um Regionalismus oder Multilateralismus baut auf Viners Analyse auf und diskutiert, ob regionale Integration den Prozess der multilateralen Liberalisierung fördert oder hemmt. Freihandelszonen diskriminieren Drittstaaten und widersprechen damit dem Meistbegünstigungsprinzip, MFN (Most Favored Nation),⁷ nach Art. I GATT. Da regionale Integrationsabkommen gegen das Meistbegünstigungsprinzip verstoßen, wurde Art. XXIV GATT eingeführt. RIAs sind demnach unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. So dürfen z.B. nach Art. XXIV:5 GATT Handelshemmnisse nach der Schaffung einer RIA nicht höher sein als zuvor. Das Ziel des multilateralen Freihandels wird nicht angezweifelt. Vielmehr geht es darum, auf welchem Weg das Ziel am besten zu erreichen ist.

6 Kritik an Viner äußern u.a. Barrett/Caldwell (1998).

7 Das MFN legt fest, dass die Begünstigung eines Landes auch für alle anderen Länder erfolgen muss. Wenn ein Land einem anderen Land für ein bestimmtes Gut Zollfreiheit erklärt, muss die Zollfreiheit demnach auch für andere Länder gelten.

Bhagwati und Panagariya äußern sich kritisch über den neuen Regionalisierungstrend. So könne reduzierter Protektionismus innerhalb einer RIA Länder dazu anregen, Zölle gegenüber Nichtmitgliedsländern zu erhöhen (Bhagwati/Panagariya 1996, S. 83).

Krugman (2006) und Krueger (2003) betrachten RIAs als sinnvoll, um den schleppenden Prozess der multilateralen Liberalisierung zu beschleunigen. Bhagwati hält RIAs dagegen nur unter strengen Voraussetzungen für angebracht. Er unterscheidet *building blocs* von *stumbling blocs*: Als *building bloc* kann ein regionales Freihandelsabkommen bezeichnet werden, wenn es multilaterale Verhandlungen verbessert und über die RIA hinausgehende Liberalisierungen beinhaltet. Ein *stumbling bloc* auf dem Weg des multilateralen Freihandels agiert dagegen protektionistisch gegenüber Drittstaaten und öffnet sich nicht für weitere Liberalisierungen (Bhagwati/Panagariya 1996, S. 83-84). „My judgement is that the revival of regionalism is unfortunate. But, given its political appeal and its likely spread, I believe that it is important to contain and shape it in the ways sketched here so that it becomes maximally useful and minimally damaging, and consonant with the objectives of arriving at multilateral free trade for all“ (Bhagwati 1993, S. 46). Anhand von konkreten Daten versucht Bhagwati aufzuzeigen, dass die NAFTA mehr Handelsablenkung als Handelschaffung erzeugt hat (Bhagwati 2000, S. 241). Auch eine ALCA wäre so zu bewerten (Bhagwati 2000, S. 245).

Der ‚Neue Regionalismus‘ oder auch ‚offene Regionalismus‘ bezeichnet eine Strategie der regionalen Liberalisierung, die sich auch über die regionalen Grenzen hinaus öffnet und in das internationale System eingliedert. Der offene Regionalismus bildet das Gegenstück zum ‚geschlossenen Regionalismus‘. Letzterer beschreibt die Abschottung integrierter Länder gegenüber externen Märkten. Bergsten formuliert Kriterien, von denen zumindest eines erfüllt sein muss, damit Regionalismus als offen bezeichnet werden kann. Zu den Kriterien gehören: die Aussicht für andere Staaten, in das Integrationsbündnis einzutreten, die Einhaltung der Meistbegünstigungsklausel des GATT, Liberalisierungsmaßnahmen, die auch auf multilateraler Ebene durchgeführt werden, und Handelserleichterungen gegenüber Drittstaaten (Bergsten 1997, S. 551-557).

Vom geschlossenen zum offenen Regionalismus in den Amerikas

In den Amerikas hat sich seit der neuen Welle der Regionalisierung ein immer dichter werdendes Netz an präferentiellen Handelsabkommen auf regionaler oder bilateraler Ebene entwickelt. Jedes der Abkommen definiert Ausnahmereiche, die Interessen der jeweiligen Länder repräsentieren. Resultat sind keine reinen Freihandelsabkommen, sondern Rahmenabkommen, die sich gegenseitig überschneiden. Das Phänomen wird oft als Spaghetti-Bowl-Regionalismus bezeichnet (Preusse 2004). In den 1980ern und insbesondere in den 1990ern war zwischen den meisten Ländern Lateinamerikas und der Karibik ein immer höher werdender Grad an Integration zu bemerken. Zwischen 1985 und 1997 sank der durchschnittliche Zollsatz der Länder Lateinamerikas und der Karibik von 35% auf 12%. Gleichzeitig verdeutlichen Statistiken ein stetes Wachstum des Exportausmaßes im Verhältnis zu ihrem BIP (Gaviria 2001, 304-305). Die Daten weisen auf den Wechsel vom geschlossenen Regionalismus zum offenen Regionalismus mit Exportausrichtung und Außenöffnung hin.

Bis in die 1990er Jahre schlossen die Vereinigten Staaten lediglich bilaterale Handelsabkommen mit den südlichen Ländern des Kontinents ab. Mit der NAFTA wurde 1993 zum ersten Mal ein regionales Freihandelsabkommen zwischen sehr unterschiedlich entwickelten Ländern (USA, Kanada und Mexiko) unterzeichnet. Folge war die Verdichtung des Handels innerhalb der nordamerikanischen Staaten.

Im Juni 1990 verkündete US-Präsident George Bush (sen.) in der *Enterprise of the Americas Initiative*, eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland schaffen zu wollen. Auf dem Gipfel der amerikanischen Staaten in Miami 1994 unterzeichneten die 34 amerikanischen Staaten (ALCA 1994)⁸, mit Ausnahme Kubas, einen Aktionsplan, der die Bildung einer panamerikanischen Freihandelszone bis spätestens zum Jahresbeginn 2005 vorsah. Die US-Regierung schlug ursprünglich vor, die Verhandlungen im Jahr 2003 zu beenden, doch die brasilianische Regierung setzte sich durch und verlängerte die Frist um zwei Jahre.

Auf dem Ministertreffen im November 2003 in Miami wurde das Verhandlungstempo zum ersten Mal kritisiert und die Einhaltung des ursprünglichen Zeitplans offiziell in Frage gestellt. Im Kontext des Scheiterns des WTO-Ministertreffens

in Cancún sollte ein weiteres Missraten verhindert werden und auf Initiative Brasiliens und der USA wurden die Ziele der ALCA mit einer ‚ALCA light‘ neu ausgehandelt. Im Jahr 2004 stagnierten die ALCA-Verhandlungen. Der vierte Gipfel der Amerikas in Mar del Plata war als letzte ALCA-Verhandlung mit Unterzeichnung des Vertrages angedacht. Die beteiligten Regierungen kamen jedoch zu dem Ergebnis, die Bildung einer ALCA auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu vertagen.

Trotz der Tendenz weltweiter Regionalisierung wurde bisher keine panamerikanische Freihandelszone geschaffen. Eine Vielzahl an Verhandlungen, Gipfeln und ministerialen Treffen konnte die Konflikte nicht lösen. Nach der Freihandelslehre von Smith und Ricardo müssten alle beteiligten Staaten von einer ALCA profitieren. Warum konnten sich die beteiligten Regierungen dennoch nicht für ein entsprechendes Abkommen entscheiden? Eine ökonomische Begründung für das Scheitern des Projektes geht aus der Infant-Industry-Argumentation hervor. Demnach können sich schwächere Industrien Lateinamerikas nur entwickeln, wenn sie sich, zumindest für einen bestimmten Zeitraum, vor ausländischer Konkurrenz schützen. Die verhandelnden Staaten waren nur in regional konkurrenzfähigen Gebieten zu Liberalisierungsmaßnahmen bereit. Doch selbst die USA konnten als wirtschaftlich stärkste Macht keine weitgehenden Liberalisierungsversprechen liefern. Um eine differenziertere Antwort auf die zentrale Frage zu finden, werden im Folgenden Theorien der Internationalen Beziehungen herangezogen, die hegemoniale Aspekte in den Vordergrund rücken.

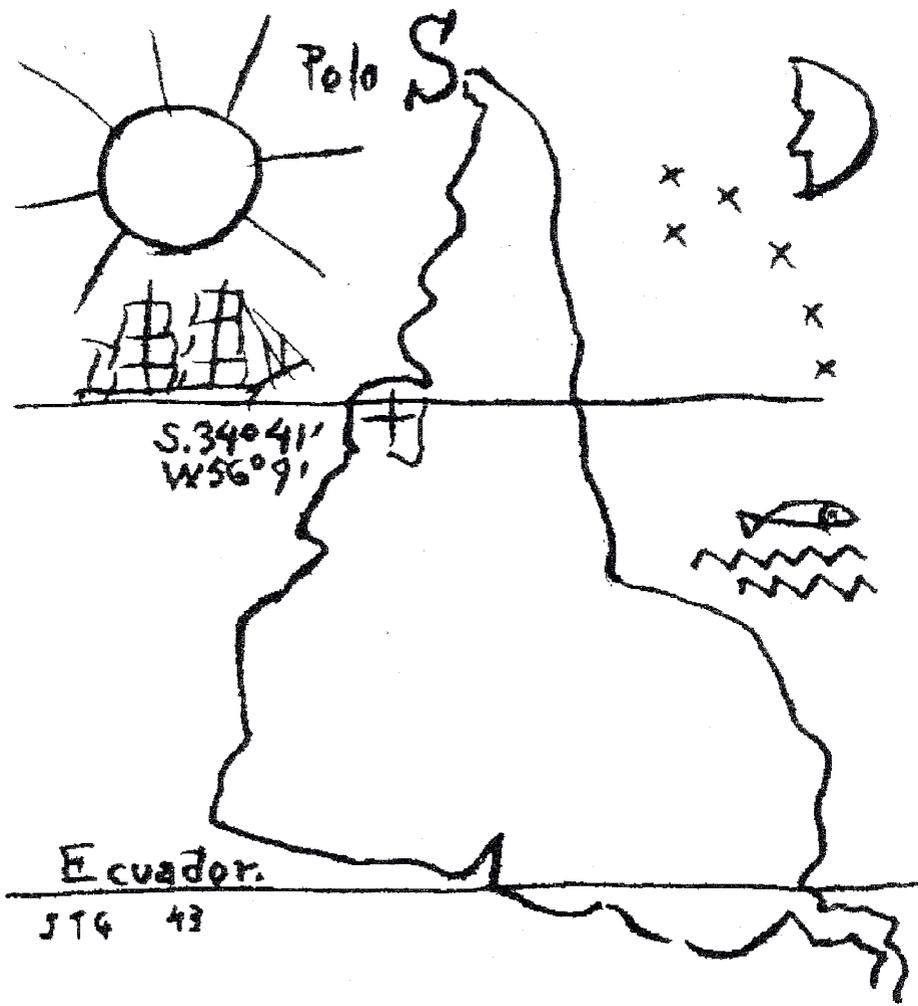
III. Hegemoniale Stabilität

In diesem Kapitel wird mit der Theorie hegemonialer Stabilität ein Konzept angewendet, das die Analyse hegemonialer Strukturen in den Mittelpunkt stellt. Da die Theorie von asymmetrischen Machtbeziehungen ausgeht, eignet sie sich besonders für die Analyse des Integrationsprojektes in den Amerikas. Oft wird sie dem Neorealismus zugeordnet, da sie von denselben Grundannahmen ausgeht. In ideengeschichtlicher Anlehnung an unter anderem Hobbes und Machiavelli baut die Theorie hegemonialer Stabilität auf der Annahme auf, dass das menschliche Verhalten von Machttrieb geprägt sei. Ohne übergeordnete Instanz leben Menschen demnach in Anarchie, einem

ständigen Zustand von Unsicherheit und Krieg. Die (neo)realistische Analyse konzentriert sich auf Staaten und auf materielle Faktoren; Ideologien und gesellschaftliche Kräfte spielen eine untergeordnete Rolle. Die Theorie hegemonialer Stabilität wurde von Kindleberger (1973) entwickelt, Keohane gab ihr den Namen. Im historischen Kontext stehen die Abwesenheit eines hegemonialen Staates in der Zwischenkriegszeit und die Übernahme der hegemonialen Rolle durch die USA nach dem Zweiten Weltkrieg. In seinem Werk „The world in depression 1929-1939“ fragt Kindleberger warum im Jahr 1929 eine große Depression entstand, während dagegen bei anderen Finanzkrisen eine gewisse Stabilität erhalten bleiben konnte. Stabilität und Sicherheit im internationalen System können nach Kindleberger (1973) nur durch die wirtschaftliche und militärische Überlegenheit eines Hegemons, der in der Lage ist, die Kosten für öffentliche Güter zu übernehmen, erhalten bleiben.

Hegemonie wird von einem Staat ausgeübt, der in der Lage ist, andere Staaten nach seinen Vorstellungen zu prägen. Im Gegenzug schafft er verbindliche Normen und Regeln. Die Motivation des Hegemons für die Übernahme der Kosten, die der Erhalt der hegemonialen Position mit sich bringe, begründet Kindleberger (1973) im Verantwortungsgefühl. Gilpin (1987) betrachtet die Motivation im Gegenzug als Resultat des Eigeninteresses des hegemonialen Staates. Kooperation soll das Wirtschaftswachstum der beteiligten Staaten sowie Frieden und Stabilität fördern. Aufgabe des hegemonialen Staates sei es, bestimmte öffentliche Güter bereitzustellen, um Anreize für Kooperation zu schaffen. Zu den öffentlichen Gütern zählt Kindleberger stabile Wechselkurse, die Funktion des *Lenders of Last Resort*, eine stabilisierende antizyklische Kreditvergabe, die Steuerung der Geld- und Finanzpolitik der wichtigsten beteiligten Staaten und die Förderung eines globalen Freihandelssystems. Die Bereitstellung dieser Güter sei allerdings mit Kosten verbunden, die nur vom Hegemon getragen werden. Andere Länder sind nicht von den Kosten betroffen und können durch Zeitgewinn relativ mehr Macht erwerben. Die Theorie hegemonialer Stabilität weist ein zyklisches Weltbild auf. Nach einiger Zeit will oder kann der hegemoniale Staat Stabilität nicht mehr sichern und es kommt zum *hegemonic decline*.

Mit der Theorie hegemonialer Stabilität kann argumentiert werden, dass die materiellen Machtmittel der USA für eine



...denn in Wahrheit ist unser Norden der Süden. Es sollte keinen Norden für uns geben, außer als Gegenstück zum Süden. Diese Korrektur war notwendig; jetzt wissen wir, wo wir stehen.

Joaquín Torres García

panamerikanische Freihandelszone nicht ausreichen. Durch fehlende Existenz eines Hegemons konnte ein solches Regime nicht errichtet werden. Bis zum vereinbarten Termin der Unterzeichnung war kein Staat in ganz Amerika willens oder in der Lage, die Kosten für die Freihandelszone zu übernehmen. Die USA initiierten und dominierten den Prozess, doch die Machtmittel reichten für ein solches Projekt nicht aus und die Angst vor relativem Machtverlust gegenüber anderen beteiligten Staaten wurde nicht überwunden. Außer den USA existierte kein anderer Staat, der in der Lage gewesen wäre, die hegemoniale Führung zu übernehmen. „In fact, building regional institutions may limit the hegemon's 'room to maneuver' and burden it with a large part of the costs of cooperation...“ (Preusse 2004, S. 198). Nach Gilpin versucht ein Hegemon seine eigenen Vorteile zu maximieren, Trittbrettfahrer zu verhindern und die Kosten für den Erhalt der Hegemonie nicht allein zu tragen, sondern sie zu verteilen (Gilpin 1987). Um das zu erreichen, müsse der Hegemon Regime errichten. Die ALCA wäre demnach ein Regime, das die Teilnehmerstaaten in die Organisation mit einbindet und die Kosten für die Freihandelszone unter den Ländern verteilt.

Wie kann nun erklärt werden, warum die ALCA nicht in Kraft trat? Für die Beantwortung der Frage wird im Folgenden auf empirisches Datenmaterial zurückgegriffen. Dabei ist zu beachten, dass die Theorie hegemonialer Stabilität selbst keine konkreten Angaben darüber gibt, wie Machtmittel und Macht zu bemessen sind. Die vorgenommene Operationalisierung ist als Vorschlag für eine Weiterentwicklung und Konkretisierung der Theorie zu betrachten.

Bélangier und Mace stellten sich gegen Ende der 1990er Jahre die Frage, welche Staaten in den Amerikas in der Lage waren, Integrationsprozesse signifikant zu beeinflussen. Für eine Bewertung zogen sie sechs Faktoren heran: Militärausgaben, Bevölkerungszahl, Bruttoinlandsprodukt, Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Größe der Exporte und die Anzahl der diplomatischen Reisen ins Ausland. Das Ergebnis der Analyse war, dass außer den USA und Kanada nur noch Brasilien, Mexiko, Argentinien und Venezuela im Besitz ausreichender materieller Machtmittel sind; alle anderen Staaten der Hemisphäre blieben innerhalb der Integrationsprozesse unbedeutend. Das große Machtungleichgewicht zwischen den USA und allen anderen Staaten war ein weiteres Ergebnis der Analyse (Bélangier/Mace 1999).

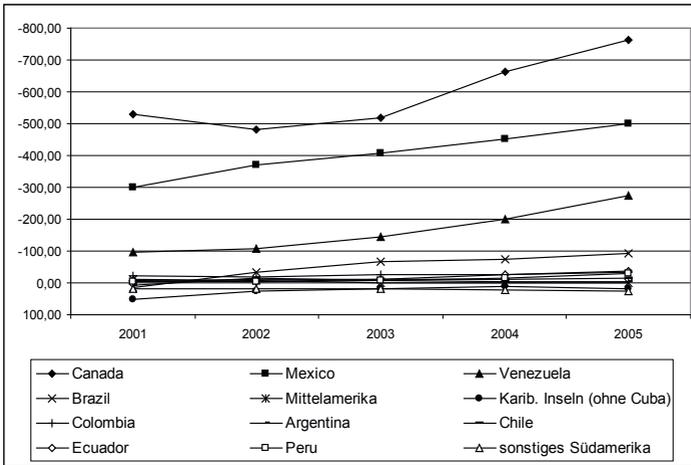


Abbildung 1:
US-Handelsbilanz
(US-Handelsbilanz der Jahre
2001-2005 in Mrd. US\$ nach Ländern
und Regionen, eigene Berechnung,
Daten aus: US Census Bureau 2006a)

Die Theorie Hegemonialer Stabilität liefert allerdings keine konkreten Angaben über die Messung von Machtmitteln. Gilpin gibt hier einen kleinen Hinweis, der im Folgenden aufgegriffen wird. Hegemonien konsumieren nach Gilpin immer mehr als sie produzieren. Es gelte das Gesetz von Turgot, nach dem die Macht des Hegemons nicht unendlich weiter wächst, denn mit der Zeit verringert sich das Machtwachstum des Hegemons, so dass Konkurrenten drohen, den Hegemon einzuholen (Gilpin 1987). Abbildung 1 verdeutlicht die Entwicklung der US-Handelsbilanz im Vergleich zu den weiteren amerikanischen Staaten. In den Jahren 2001 bis 2005 nahmen die US-Importe aus den ALCA-Teilnehmerstaaten im Verhältnis zu den Exporten rasant zu. Dies betrifft jedoch vor allem die NAFTA-Partner Kanada und Mexiko. Der Anstieg des Handelsbilanzdefizits der USA gegenüber diesen Ländern hat sich nach Abschluss eines Freihandelsabkommens zusätzlich verstärkt. Die Veränderung der Beziehung zu Venezuela ist auf zunehmenden Erdölexport zurückzuführen. Auch aus Brasilien wird mehr exportiert als importiert. Gegenüber allen weiteren Ländern ist die US-Handelsbilanz fast ausgeglichen. Das Handelsbilanzdefizit ist besonders hoch gegenüber den finanziell reicheren Staaten. Für die Bildung einer Freihandelszone trifft das Gesetz von Turgot zu – der Anstieg des Handelsbilanzdefizits ist als Machtverlust der USA gegenüber den anderen amerikanischen Staaten zu deuten.

Subregionale Blöcke

In der Deklaration von San José wurde festgelegt, dass bilaterale und subregionale Blöcke gleichzeitig existieren können. So hatten Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, entweder individuell oder als Block zu verhandeln. Eine ALCA wäre jedoch mit einer Abschwächung der subregionalen Blöcke einhergegangen.

Zentralamerikanische Länder und die NAFTA-Staaten verhandelten individuell. Der MERCOSUR, die Andengemeinschaft und die CARICOM (Caribbean Community) bildeten jeweils einen Handelsblock. Die NAFTA-Staaten (Kanada, USA, Mexiko) und Chile verhandelten offensiver als der MERCOSUR, die Andengemeinschaft und die karibischen und mittelamerikanischen Länder. Im Folgenden werden die unterschiedlichen nationalen Positionen kurz erläutert:

Die US-Regierung verlangte von den anderen amerikanischen Staaten ihre Handelshemmnisse zu mindern, war jedoch ihrerseits nicht bereit, Subventionen und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzuschaffen. Als weiteres Hindernis während der ALCA-Verhandlungen stellte sich heraus, dass Präsident Bush im Jahr 2002 versuchte, die TPA (Trade Promotion Authority) zu erlangen, indem er sich zu einigen Konzessionen gegenüber dem Kongress bereit erklärte und Zölle auf Stahlimporte erhob. Des Weiteren entschied sich Präsident Bush mit Unterzeichnung der *U.S. Farm Bill* für die Subvention des Agrarbereichs. Die ALCA-Verhandlungen wurden durch diese Maßnahmen nachhaltig erschwert. Die kanadische Regierung plädierte für eine ALCA, setzte sich jedoch im Gegensatz zu den meisten lateinamerikanischen Regierungen verstärkt für Umwelt- und Arbeitsstandards sowie die Partizipation der Zivilgesellschaft ein (Gratius 2001, S. 24). Mexiko und Chile hatten bereits einen Freihandelsvertrag mit den USA abgeschlossen und einzelne Wirtschaftssektoren fürchteten die Konkurrenz anderer lateinamerikanischer Länder, dennoch wandten sich die Regierungen nicht gegen das Projekt (Gratius 2001). Die Regierungen der Karibischen Staaten⁸ und Mittelamerikas verhandelten eher defensiv. Sie plädierten zwar für Freihandel mit den USA, präferierten jedoch den Ausschluss

8 An der Verhandlung nahmen teil: Antigua und Barbuda, Argentinien, die Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominica, die Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Grenada, Guatemala, Guayana, Haiti, Honduras, Jamaika, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Saint Kitts-Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Surinam, Trinidad und Tobago, Uruguay, die USA und Venezuela .

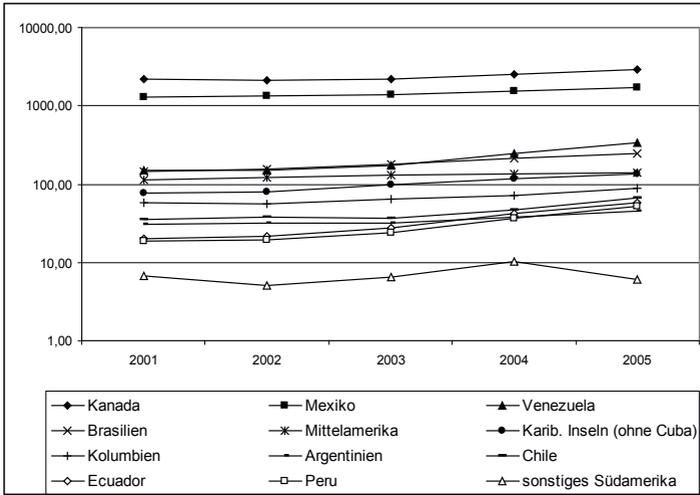


Abbildung 2:
US-Importe (in Mrd. US\$)
(US-Importe der Jahre 2001-2005
in Mrd. US\$ nach Ländern und
Regionen, logarithmische Skala,
eigene Berechnung, Daten aus: US
Census Bureau 2006a)

Südamerikas. Zwischen den Regierungen der Andenländer divergierten die Positionen besonders stark. Bis 2005 waren die fünf Staaten Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien Mitglieder der Andengemeinschaft. Venezuela wandte sich unter Präsident Chávez ausdrücklich gegen die Unterzeichnung des Vertrags. Aufgrund der größten Erdölvorkommen innerhalb der Andengemeinschaft war das Land jedoch ein wichtiger Handelspartner der USA.⁹ Die Regierung Boliviens vertrat keine starke Position in den Verhandlungen. Auch die Regierungen Ecuadors, Kolumbiens und Perus hielten sich in den Verhandlungen eher zurück. Ein Grund waren die bilateralen Verhandlungen, die die US-Regierung seit 2004 parallel zu den ALCA-Verhandlungen mit ihnen führte (Maldonado, Interview 2006; Zambrano Salmen, Interview 2006).

Bis 2005 dominierten die Positionen der USA und der MERCOSUR-Staaten unter Führung Brasiliens den ALCA-Prozess. Mitglied der MERCOSUR-Staaten waren bis 2005 Uruguay, Paraguay, Argentinien und Brasilien. Die Position Argentinien war im Zuge des ALCA-Prozesses nicht eindeutig. Nach Abschluss des bilateralen Freihandelsabkommens der USA mit Chile 2004 zeigte auch die argentinische Regierung Bestrebungen, einen solchen Vertrag zu unterzeichnen. Allerdings entschied sich Argentinien für die Unterstützung Brasiliens im MERCOSUR (Erbar, Interview 2006). Nach Daten der WTO

9 Finanzhilfe in Krisenzeiten.

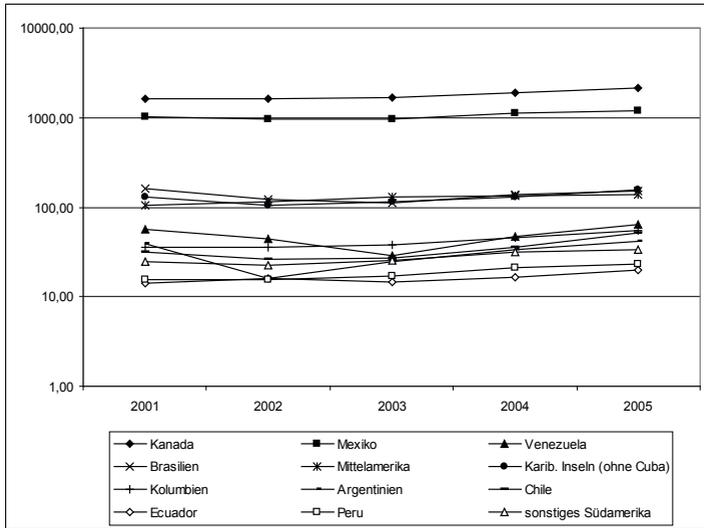


Abbildung 3:
US-Exporte (in Mrd. US\$)
(US-Exporte der Jahre 2001-2005
in Mrd. US\$ nach Ländern und
Regionen, logarithmische Skala,
eigene Berechnung, Daten aus: US
Census Bureau 2006a)

stellte Brasilien nach der EU den wichtigsten Exportmarkt für Argentinien dar. Importe stammen sogar zum größten Teil aus Brasilien (WTO 2006a¹⁰). Der Konflikt im ALCA-Prozess fand demnach hauptsächlich zwischen den USA und Brasilien statt, die sich gegenseitig die Schuld für die fehlenden Verhandlungsergebnisse zuschoben. „Uma area de livre comercio não constitui um problema. Mas não uma area de livre comercio onde uns países se abrem e outros não, este facto não se pode aceitar. Foram os Estados Unidos que disseram que não queriam negociar anti-dumping e subvencões“¹¹ (Da Silva Nunes, Interview vom 28. Juli 2006). Zambrano Salmen (Interview 2006) vermutet, das primäre Interesse der USA an der ALCA liege im Zugang zum brasilianischen Markt. Eine ALCA würde die Existenz des MERCOSUR und damit die vorherrschende Position Brasiliens in Südamerika bedrohen.

Abbildung 2 und Abbildung 3 zeigen, dass die Importe und Exporte der USA aus und in die weiteren ALCA-Verhandlungsstaaten trotz des Anstiegs des Handelsbilanzdefizits (vgl. Abbildung 1) relativ kontinuierlich stiegen. Diese Graphiken konnten nur durch Logarithmierung¹² übersichtlich dargestellt werden, d.h. die Ordinate oder „y-Achse“ zeigt sich in logarithmischer

10 Mit Ausnahme Kubas.

11 Mit Ausnahme Kubas.

12 Im April 2006 trat Venezuela aus der Andengemeinschaft aus, um gegen den Abschluss des Freihandelsvertrags zwischen Kolumbien und den USA zu protestieren.

Darstellung. Ohne Logarithmierung wären nur Kanada und Mexiko von den anderen Ländern in der Abbildung zu unterscheiden.

In Amerika sind demnach die NAFTA-Länder die wichtigsten Handelspartner der USA. Nach Kanada und Mexiko folgen Brasilien und Venezuela. Die Unterzeichnung eines panamerikanischen Freihandelsvertrags würde zu gravierenden Veränderungen der Daten und auch der Wirtschafts- und Machtverhältnisse führen. Zu erwarten wäre, dass sich vor allem die Kurven Brasiliens und Venezuelas der mexikanischen Kurve nähern, da der Handel mit ersteren Ländern trotz hoher Zollniveaus bereits beträchtlich ist.

In der Theorie hegemonialer Stabilität findet Kooperation zwischen Staaten nach einem *bandwagoning* genannten Verhalten statt. Demzufolge schließen sich schwache Staaten einem mächtigen Staat an, da sie sich einen stabilisierenden Nutzen daraus erhoffen. Auf die karibischen und zentralamerikanischen Länder mochte dieses Verhalten zutreffen und auch in Südamerika plädierten die Regierungen einiger Länder dafür, die Vorherrschaft der USA zu festigen. Die brasilianische Regierung zeigte jedoch, dass sie nicht ohne weiteres bereit war, die vorherrschende Position in Südamerika aufzugeben. Auch die Spezialisierung Argentiniens auf Primärgüter und die Konzentration Brasiliens auf die Produktion von verarbeiteten Gütern veranschaulichen die Abhängigkeit Argentiniens von Brasilien innerhalb des MERCOSUR. So bestehen brasilianische Exporte zu 52,4 % aus verarbeiteten Gütern (WTO 2006b¹³). In Argentinien liegt der Anteil bei lediglich 28,6 % während 49,6 % der Exporte aus der Landwirtschaft stammen (WTO 2006a). Eine ALCA nach Vorstellung der USA hätte nach Ansicht der brasilianischen Regierung den Verlust ihrer dominanten Position in Südamerika zur Folge gehabt (Tovar da Silva Nunes, Interview 2006).

Auch bilaterale Verhandlungen der USA mit einzelnen lateinamerikanischen Staaten und der Abschluss eines Freihandelsabkommens der USA mit Chile bedrohten den subregionalen Führungsanspruch Brasiliens und unterstützten die Befürchtung vor internationaler Isolierung bei Ablehnung der ALCA.

13 Seit Dezember 2005 ist Venezuela fünftes Mitglied des MERCOSUR. Da im Oktober 2004 ein Freihandelsvertrag zwischen MERCOSUR und Andenstaaten abgeschlossen wurde, ist der Austritt Venezuelas aus der Andengemeinschaft bei fast gleichzeitigem Eintritt in den MERCOSUR mehr von symbolischer Bedeutung.

Der ALCA-Verhandlungsführer Brasiliens, Tovar da Silva Nunes, hält diese Besorgnisse jedoch für unberechtigt (Da Silva Nunes, Interview 2006).

Das internationale Umfeld

Die Vertagung der Verhandlungen im Jahr 2005 ist auch auf Ursachen im internationalen Umfeld zurückzuführen. So ist nach WTO-Daten (2006b) die EU für Brasilien sowohl der wichtigste Export- als auch der wichtigste Importmarkt. Nach Gratius gleicht das ALCA-Projekt der Monroe Doktrin. Primäres Ziel sei die Verdrängung des europäischen Einflusses in Lateinamerika (Gratius 2001, S. 26). So wäre für die Vereinigten Staaten vor allem die Einbindung der MERCOSUR-Staaten von besonderer Bedeutung gewesen, die zu den wirtschaftlich und politisch stärksten Ländern des Kontinents zählen. Da die Vereinigten Staaten und Europa die Produktion von Agrargütern subventionierten, sei es somit "más económico y (...) más rentable importar productos de los Estados Unidos o de Europa que producirlos en Venezuela. Eso para nuestra industria es fatal. No lo queremos"⁸⁸ (Peña, Interview 2006). Der MERCOSUR zeigte gegenüber der EU wesentlich weniger Vorbehalte. Doch auch die EU war nicht bereit, den MERCOSUR-Staaten ein ausreichendes Angebot zu machen. „Aus lateinamerikanischer Perspektive würde ich sagen: Wir wollen das eine nicht, doch wir bekommen das andere nicht. Südamerika wäre viel interessierter an einem Abkommen mit der EU, als an einem Abkommen mit den Vereinigten Staaten“ (Zilla, Interview 2006).

Die Regierung der USA zeigte sich nur bereit, die Kosten des öffentlichen Guts ‚Freihandel‘ zu tragen, Agrarsubventionen abzubauen und damit zur Sicherung der hegemonialen Position beizutragen, wenn sich auch Europa und Japan im Rahmen der Doha-Runde zu solchen Maßnahmen entschlossen hätten (Preusse 2004, S. 217). Die unilaterale Abschaffung der Agrarsubventionen hätte nach Befürchtung der US-Regierung zur Folge gehabt, dass unter anderem der US-Agrarsektor gegen die subventionierte europäische und japanische Konkurrenz nicht standgehalten hätte. Doch auch die Doha-Runde konnte das Problem nicht lösen und wurde nicht zum vereinbarten Termin beendet (Hoekman/Newfarmer 2003).

Nur die USA wären nach Kindlebergers Hegemoniebegriff während des ALCA-Prozesses in der Lage gewesen, die Rolle eines Hegemons auf dem amerikanischen Kontinent zu übernehmen. Ausgehend von der Theorie hegemonialer Stabilität kann argumentiert werden, dass das Scheitern der ALCA vor allem auf die fehlende Bereitschaft der USA zurückging, die Kosten für die Freihandelszone zu tragen. Die Hegemonieanalyse darf sich jedoch nicht allein auf den amerikanischen Kontinent beschränken. Im internationalen System konnten die USA nicht als Hegemon operieren, da die Kosten für eine panamerikanische Freihandelszone mit hohen Wirtschaftsverlusten gegenüber der EU und Japan einhergegangen wären, die ihrerseits eine hohe Subventionspolitik im Agrarbereich betrieben. Die US-amerikanischen Agrarprodukte hätten gegenüber der subventionierten japanischen und europäischen Agrarproduktion nicht standhalten können. Auch eine Machtzunahme der südamerikanischen Führungsmacht Brasilien wollte die Regierung der USA nicht riskieren und war nicht bereit, Subventionen für den Stahlsektor und die Zuckerproduktion abzuschaffen.

Kritische Bilanz

Die Theorie hegemonialer Stabilität wird von vielen Seiten kritisiert. Viel Aufmerksamkeit erhielt die Kritik des neoliberalen Institutionalismus. Keohane fragt sich, ob Kooperation auch ohne Hegemon möglich ist. Da er davon ausgeht, dass alle beteiligten Staaten aus Zusammenarbeit einen absoluten Nutzen gewinnen, empfiehlt er, internationale Institutionen zu schaffen, um die Kooperation zu fördern. Regionale Integration beruht demnach eher auf freiwilligen Zusammenschlüssen mit utilitaristischen Nutzeninteressen.

Die Theorie hegemonialer Stabilität geht von einem dichotomen Weltbild aus. Entweder es existiert ein Hegemon, der in der Lage ist, für internationale Ordnung und Stabilität zu sorgen, oder das internationale System befindet sich in einem Zustand der Anarchie. Der ALCA-Prozess zeigte, dass in den Amerikas keine hegemoniale Stabilität existierte, dennoch wäre es übertrieben, die Situation als anarchisch zu beschreiben. Die dichotome Trennung von hegemonialem System und Anarchie lässt sich nicht auf die Weltordnung übertragen. Des Weiteren

führt die Theorie hegemonialer Stabilität das England des 19. Jahrhunderts und die USA nach dem Zweiten Weltkrieg als Paradebeispiele für globale Hegemonien auf. Auch hier existiert ein Widerspruch, da die beiden Länder zu dieser Zeit äußerst protektionistische Politik betrieben und nicht bereit waren, die Kosten für Freihandel als ‚öffentliches Gut‘ zu tragen. Zudem kann regionaler Freihandel nicht als öffentliches Gut bezeichnet werden, da er sich auf bestimmte Länder beschränkt (Lederer 1998, S. 22).

Hardt und Negri wenden sich gegen das Hegemoniezyklenmodell, „da eine Zyklientheorie die Tatsache, dass Geschichte das Ergebnis menschlichen Handelns ist, nicht ernst nimmt, da sie ein objektives Gesetz einführt, das über das Wollen und den Widerstand, die Niederlagen und Siege, das Glück und das Leiden der Menschen regiert. Oder das, noch schlimmer, das menschliche Handeln nach der Pfeife zyklischer Strukturen tanzen lässt“ (Hardt/Negri 2003, S. 249). Sie nehmen an, dass sich eine neue Form der Weltherrschaft herausgebildet hat, die jenseits von Nationalstaaten existiert, gehen dabei jedoch auf die Herausbildung eines Imperiums und nicht eines Hegemons ein. Dennoch hat unter anderem der ALCA-Prozess gezeigt, dass Nationalstaaten weiterhin ein großes Potential an Einflussmöglichkeiten besitzen. Auch sind im individuellen wie im organisierten Leben vielfach Gesetze und Zyklicitäten feststellbar, ohne dass Individuen oder Organisationen nach deren „Pfeife (...) tanzen“ (Hardt/Negri 2003, S. 249). Die Konzentration auf die Analyse von Nationalstaaten in der Theorie hegemonialer Stabilität reduziert möglicherweise ihre Anwendbarkeit auf aktuelle Trends. Wir verlassen die Theorie hegemonialer Stabilität und wollen die zentrale Frage dieser Untersuchung im nächsten Kapitel mit einem erweiterten Hegemoniebegriff, unter Einbeziehung von gesellschaftlichen Kräften, politischen Überzeugungen und Ideologien, nach dem neogramscianischen Konzept analysieren.

IV. Neogramscianische Perspektiven

In den 1980er Jahren veröffentlichte der kanadische Professor für Politikwissenschaften, Robert W. Cox, erste Aufsätze, in denen er Gramscis Hegemonieansatz erweiterte und ihn auf internationale Beziehungen bezog. In Reaktion auf Cox' Schriften

versuchten verschiedene Autoren den gramscianischen Ansatz für die europäische Integration fruchtbar zu machen. Zu nennen sind auf der einen Seite Vertreter der so genannten Amsterdamer Schule und auf der anderen Seite Cox' Schüler Stephen Gill. In Deutschland hat sich zudem die Marburger ‚Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften‘ daran gemacht, Gramscis Arbeiten auf die europäische Integration anzuwenden, an der Uni Marburg wird über die Anwendung der neogramscianischen Perspektiven auf Probleme in Lateinamerika geforscht (Schmalz/Tittor 2005) und in den Vereinigten Staaten analysierte Mark Rupert (2000) mit einem gramscianischen Ansatz die NAFTA. Neogramscianische Analysen von Integrationsprozessen bezogen sich meist auf die Frage, wie sich neoliberale Ideologien etablieren. Auf die ALCA und auf die Frage, warum Integrationsprozesse scheitern, wurden die Ansätze bisher nicht angewendet.

Ziel jeder Herrschaft ist nach Gramsci die Bildung eines hegemonialen Blocks. Gemeint ist eine historisch geprägte Konstellation von Strukturen, politischen und sozialen Gruppierungen sowie dominierenden Normen und Moralvorstellungen (Gramsci 1991ff, Heft 13, §18). Gramscis Hegemoniebegriff basiert auf zwei Grundlagen: auf der Dritten Internationale und auf Machiavellis Schriften. Um sein Machtverständnis zu veranschaulichen, greift Gramsci auf Machiavellis Bild des Zentauren zurück: Halb Mann, halb Biest zeige der Zentaur die für eine Hegemonie notwendige Verbindung von Zwang und Konsens. Neogramscianer erweitern Gramscis Hegemoniebegriff auf internationale Beziehungen. „Hegemony at the international level is thus not merely an order among states. It is an order within a world economy with a dominant mode of production which penetrates into all countries and links into other subordinate modes of production. It is also a complex of international social relationships which connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; and it cannot be simply one of these things but must be all three“(Cox 1993, S. 61-62). Zu unterscheiden ist Hegemonie von Vorherrschaft und Dominanz, die stärker auf Zwang und weniger auf Konsens basieren (Gill 2003). Zwang und Konsens können nicht getrennt voneinander betrachtet werden und die Unterscheidung zwischen beiden Begriffen ist

nur aus analytischen Gründen zulässig. Konsens und Zwang, Zivilgesellschaft und Staat vereinen sich im integralen Staat. Ein Konsens besteht nur für eine bestimmte Zeit zwischen Herrschern und Beherrschten. Die Gruppe der Herrscher bezeichnet diejenigen, die im Besitz politischer, ökonomischer, kultureller und militärischer Machtmittel sind; ihnen gegenüber organisieren sich die Beherrschten.

Cox unterscheidet zwischen problemlösungsorientierten und kritischen Theorien. Problemlösungsorientierten Theorien, wie Idealismus, Realismus und Liberalismus, wirft er vor, die Aufmerksamkeit auf die Erklärung isolierter Probleme in der gegebenen Ordnung zu richten und nicht die Gesamtheit gesellschaftlicher Prozesse zu berücksichtigen (Cox 1993). ‚Kritische Ansätze‘, wie auch neogramscianische Perspektiven, analysieren Strukturen hingegen als veränderbares Ergebnis kollektiven Handelns. Strukturen wirken demnach nicht monokausal auf kollektives Handeln, vielmehr weisen Akteure und Strukturen ein wechselseitig konstitutives Verhältnis auf.

Im Unterschied zu Marx, der Ideologien als Täuschung der Bevölkerung zur Verbergung der wahren Ziele der Herrscher versteht (Marx 1985, S. 97), verkörpern „organische Ideologien“ bei Gramsci „historisch notwendige“ Philosophien (Gramsci 1991ff, Heft 7, §19). Eine Ideologie dient demnach der philosophischen Popularisierung, die die Bevölkerung zu konkreten Taten und zur Veränderung der Realität führt (u.a. Gramsci 1991ff, Heft 7, §21).

Die Schaffung einer panamerikanischen Freihandelszone geht mit der Festigung der Freihandelstheorie auf dem amerikanischen Kontinent einher und steht im Kontext neoliberaler Reformen seit den 1980er Jahren.

Hegemoniale Phasen in Lateinamerika

Lateinamerikanische Integrationsprojekte folgten nicht immer dem Modell des offenen Regionalismus. Im Folgenden werden drei regionale Hegemoniephasen in Lateinamerika unterschieden:

- Die erste Phase, von 1870 bis 1929, war geprägt durch die Hegemonie eines Export-Import-Regimes. Lateinamerika produzierte verstärkt Primärprodukte für den Export, um im Gegenzug verarbeitete Produkte zu importieren.

Die Freihandelstheorie wurde weitestgehend innerhalb der Gesellschaft akzeptiert und selbst von oppositionellen Gruppen kaum hinterfragt (Schmalz/Tittor 2005, S. 17).

- In den 1930er bis 1980er Jahren kennzeichnete die ISI (Importsubstituierende Industrialisierung) die meisten Länder des lateinamerikanischen Kontinents. Die Wirtschaftspolitik der meisten lateinamerikanischen Länder wandte sich ab von Freihandelsideologie und neoliberalen Ideen. Stattdessen sollten die Abschottung der lateinamerikanischen Märkte und die Substitution importierter Produkte durch eigene Produktion zu einer Entwicklung der heimischen Industrien beitragen.
- Ab den frühen 1980er Jahren versuchte sich der Neoliberalismus als herrschende Ideologie durchzusetzen (Schmalz/Tittor 2005, S. 13ff.).

Die folgenden Kapitel beziehen sich auf die beiden letzten Phasen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Idee der Vereinigung Spanisch-Amerikas bis in die Kolonialzeit zurückreicht. Auch in der Phase der Lösung vom spanischen Königreich existierten starke Integrationsbewegungen, die jedoch keinen Erfolg verzeichneten (Wolf 1969). Bei den lateinamerikanischen Integrationsprojekten der 1930er bis 1980er Jahre handelte es sich um geschlossene Regionalismusprojekte. Verbunden wurden die Projekte mit einer importsubstituierenden Industrialisierung (ISI). Die Weltwirtschaftskrise von 1929 weckte verstärkte Zweifel der Gesellschaft an der bis dahin verfolgten Strategie der Marktöffnung in Lateinamerika (Schmalz/Tittor 2005). Mit hohen Außenzöllen und einer aktiven staatlichen Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik galt die neue Wirtschaftsstrategie der ISI als attraktive Alternative. Vertreter des Modells folgen der Infant-Industry-Argumentation. Importprodukte sollten durch national oder regional hergestellte Erzeugnisse ersetzt werden, um die Entwicklung ansässiger Industrien voranzutreiben (Schmalz 2005, S. 114). Zwischen den lateinamerikanischen Staaten wurden in diesem Zeitraum tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut. Im Gegenzug erhöhten die Regierungen Handelshemmnisse gegenüber Drittstaaten. In der ersten Phase der ISI (von 1930 bis 1955) substituierten die lateinamerikanischen Länder vor allem einfache Konsumgüter, für die bereits Inlandsmärkte vorhanden waren. Bis in die

1950er Jahre kennzeichnete ein starkes Wirtschaftswachstum die meisten lateinamerikanischen Länder. Während der zweiten Phase (von 1955 bis 1982) tauchten Widersprüche im Projekt der ISI auf. Probleme bei der Substitution von Kapitalgütern und langlebigen Konsumgütern sowie eine ungleiche Einkommens- und Landverteilung hemmten die Wachstumsdynamik. Die Aufnahme von Krediten und der Preisverfall der Exportwaren bei parallel verlaufender Währungsaufwertung führten zu einer rasant wachsenden Verschuldung. Zudem existierten erhebliche politische Probleme. Eine starke Urbanisierung, der Machtverlust der Landoligarchie und die Machtübernahme von Militärdiktaturen deuteten einen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Wandel an.

Etablierung des Neoliberalismus

Der Wechsel von der ISI zur Phase des Neoliberalismus vollzog sich in Lateinamerika zu Beginn der 1980er Jahre. Im Kontext des Zusammenbruchs von *Bretton Woods*, dem Verfall der Rohstoffpreise und der Ölkrise Anfang der 1970er Jahre fand das Modell der ISI unter der Bevölkerung immer weniger Zustimmung. Die meisten Länder nahmen immense Auslandsschulden auf, da Zinsen zu dieser Zeit ausgesprochen niedrig waren. Mit Deregulierung, Marktöffnung und Privatisierung wurde unter Führung des IWFs (Internationaler Währungsfond) und der Weltbank zu Beginn der 1980er Jahre die neoliberale Restrukturierung der lateinamerikanischen Ökonomien eingeführt. Der *Washington Consensus* wird häufig als symptomatisch für diese Umstrukturierung gedeutet (u.a. Schmalz/Tittor 2005, S. 29). Im Hinblick auf das lateinamerikanische Bruttosozialprodukt (BSP), hatte die neue Wirtschaftsstrategie zunächst großen Erfolg. Nach Daten der CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe de las Naciones Unidas) stieg das BSP pro Kopf in den Jahren 1991 bis 1994 um 6,9 % (CEPAL 2005). Probleme und ökonomische Folgen der neoliberalen Phase wurden in der Mitte der 1990er Jahre sichtbar und soziale Auseinandersetzungen verschärfen sich. Nach Zahlen der *Inter-American Development Bank* stagnierte das Wirtschaftswachstum zwischen 1998 und 2003. Im Jahr 2002 kam es mit -0,5 % sogar zu einer negativen Wachstumsrate (IADB 2005). Die Anzahl der Menschen, die in Armut

lebten stieg von 1980 bis 2001 rasant an (Schmalz/Tittor 2005, S. 35). Nach Daten der CEPAL (2005) lebten 2002 insgesamt 43 % der Menschen in Lateinamerika in Armut.

Viele Wirtschaftstheoretiker reduzieren die Analyse des lateinamerikanischen Liberalisierungsprozesses auf strukturelle Faktoren. Nach Barrett und Caldwell (1998) erfordert eine erfolgreiche Liberalisierung die strukturelle Anpassung der lateinamerikanischen Ökonomien. Voraussetzungen seien stabile und konkurrenzfähige, reale Wechselkurse, Vertrauen in die Fiskal- und Geldpolitik und fiskale Neutralität (Barrett/Caldwell 1998, S. 6). Die Etablierung einer erfolgreichen ALCA setzt demnach die strukturelle Anpassung an US-amerikanische Vorstellungen voraus. Die US-Regierung forderte zwar Maßnahmen zur Liberalisierung, in den USA selbst wurden liberale Prinzipien allerdings nur eingeschränkt realisiert. Auf ökonomischer Ebene herrschte Protektionismus in Sektoren, die für weniger wettbewerbsfähig gehalten wurden.

Entfaltung des hegemonialen Blocks

Auch wenn die gramscianische Analyse Ideologien und zivilgesellschaftliche Kräfte in den Mittelpunkt rückt, spielt der Staat weiterhin eine zentrale Rolle. Das Staatsverständnis von Cox und Gill basiert auf Gramscis Modell des integralen Staates. Staaten werden nicht entsprechend ihrer rechtlichen und juristischen Form analysiert, sondern als wechselseitiges Verhältnis von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft (Gramsci 1991ff, Heft 13, §17; Heft 15, §10). Staat und Zivilgesellschaft sind für Gramsci identisch und dürfen nur zum Zweck der Analyse unterschieden werden (Gramsci 1991ff, Heft 13, §18). Gleichzeitig stehen sie in einem dialektischen Verhältnis zueinander und verkörpern das Verhältnis von Zwang und Konsens.

Die verschiedenen Staatsformen unterscheiden sich nach neogramscianischer Perspektive durch die jeweiligen Produktionsbeziehungen. Staatsform und Produktionsbeziehungen werden nicht als gegeben hingenommen, sondern sind ständig veränderbar. Gramsci betrachtet den „Staat [als] das Instrument zur Anpassung der Zivilgesellschaft an die ökonomische Struktur...“ (Gramsci 1991ff, Heft 10, II, § 15). Staaten dienen als Transmissionsriemen zwischen Ideologie und Gesellschaft. Unterentwickelte Länder integrieren sich und passen sich den

hegemonialen Strukturen an, ohne sie selbst beeinflussen zu können. „Ferner ist zu berücksichtigen, daß sich mit diesen inneren Beziehungen eines Nationalstaates die internationalen Beziehungen verflechten und dabei neue originelle und historisch konkrete Kombinationen hervorbringen. Eine in einem entwickelten Land entstandene Ideologie verbreitet sich in weniger entwickelten Ländern und beeinflusst das lokale Spiel der Kombinationen“ (Gramsci 1991ff, Heft 13, §17).

Nach Cox finden soziale Klassen eines dominanten Landes Alliierte in den Klassen anderer Länder. So konzentriert sich die Analyse zivilgesellschaftlicher Bewegungen bei Cox nicht mehr auf den Staat. Die historischen Blöcke, die von bestimmten Staaten untermauert werden, verbinden sich durch gegenseitige Interessen und ideologische Perspektiven und es beginnen sich globale Klassen zu formieren. Seit den 1980er Jahren vertraten viele Regierungschefs neoliberale Ideen, die unter der (latein) amerikanischen Bevölkerung nicht genügend Zustimmung fanden.

Doch auch auf Regierungsebene unterschieden sich die ideologischen Vorstellungen der ALCA-Verhandlungsstaaten. Während der so genannten „linken Welle“ kamen mit der Wahl von Hugo Chávez in Venezuela, Luiz Ignácio Lula da Silva in Brasilien, Nestór Kirchner in Argentinien und Tabaré Vazquez in Uruguay mehrere linke Präsidenten in Lateinamerika an die Macht,¹⁴ von denen einige versuchten den ALCA-Prozess zu bremsen. Chávez gehörte dabei zu den größten Widerstreitern (García 2006, S. 85-86).

Mit dem Begriff des neuen Konstitutionalismus beschreiben Neogramscianer den Versuch der Institutionalisierung und der Transnationalisierung des Liberalismus (Gill 2003, S. 131-132). Nach Cox bezeichnet der Begriff den letzten Bruch in der Weltordnung. Effizienz, Wohlfahrtsmaximierung, Marktfreiheit sowie die Selbstaktualisierung des Regimes durch Konsum kennzeichnen die neoliberale Weltordnung. Nach dem Institutionenbegriff von Cox wäre auch die ALCA eine Institution oder eine internationale Organisation des neuen Konstitutionalismus. Internationale Organisationen und Institutionen sind dabei durch folgende Merkmale gekennzeichnet: erstens verkörpern sie Regeln, welche die Expansion der hegemonialen Weltordnung vereinfachen; zweitens sind sie selbst Produkt

14 Daten stammen aus dem Jahr 2004.

der hegemonialen Weltordnung; drittens legitimieren sie die Normen der Weltordnung durch die Bildung und Anpassung von Ideologien; viertens kooptieren sie die Eliten peripherer Länder und fünftens absorbieren sie gegenhegemoniale Ideen (Cox 1993, 63ff.).

Passive Revolution

Hegemonien werden durch mächtige Staaten begründet, die eine tief greifende soziale und ökonomische Revolution durchgemacht haben. Die Revolution hat nicht nur die internen ökonomischen und politischen Strukturen des Staates verändert, sondern auch Energien erzeugt, die sich über die Staatsgrenzen hinaus verbreiten. Die ökonomischen und sozialen Institutionen, Kultur und Technologie des hegemonialen Staates dienen als Vorbilder für andere Staaten. Gramsci unterscheidet zwei Formen der Gesellschaft: entweder sie sind eine gründliche Revolution durchgegangen und haben neue Produktionsbeziehungen herausgebildet, oder sie haben eine Ordnung von außen übernommen, ohne die alte Ordnung zu eliminieren. Die Herausbildung der zweiten Form der Gesellschaft bezeichnet Gramsci als passive Revolution bei der sich keine Hegemonie etabliert. „Es ist einer der Fälle, in denen man es mit der Funktion der ‚Herrschaft‘ und nicht mit der ‚Führung‘ in diesen Gruppen zu tun hat: Diktatur ohne Hegemonie“ (Gramsci 1991ff, Heft 15, §50-60). In Lateinamerika hat sich das neoliberale Wirtschaftsmodell nicht eigenständig und aus inneren Triebkräften heraus entwickelt. Nach der Schuldenkrise zu Beginn der 1980er Jahre unterstützten IWF und Weltbank die Etablierung des neoliberalen Entwurfs. Vor allem private Institutionen trieben diesen Prozess voran. Wirtschaftsexperten wurden „in ihrer großen Mehrheit an den Wirtschafts- und Business-Schulen der USA ausgebildet“ (Schmalz/Tittor 2005, S. 24). Sie wandten sich gegen das alte Modell der ISI und versprachen, mit der neoliberalen Umstrukturierung wesentliche Probleme der lateinamerikanischen Länder lösen zu können. Die Durchsetzung des neoliberalen Modells in Form der passiven Revolution schuf in Lateinamerika keinen hegemonialen Block (u.a. Schmalz/Tittor 2005).

Zivilgesellschaft und Gegenhegemonie

Nachdem festgestellt wurde, dass das Freihandelsmodell in Lateinamerika keinen hegemonialen Block bildete, stellt sich die Frage nach den treibenden Kräften, die unterhalb von Oberflächenerscheinungen der Gesellschaft walten. Zivilgesellschaft besteht nach Gramsci aus verschiedenen Formen freiwilliger Assoziierung. In den Gefängnisheften (1991ff) erwähnt er insbesondere die Kirche, das Bildungssystem und die Presse.

In den ersten drei Jahren wurden zivilgesellschaftliche Kräfte kaum in den ALCA-Prozess integriert. Verstärkte Kritik zivilgesellschaftlicher Organisationen trugen dazu bei, dass sich die Minister auf dem Treffen in San José einigten, der zivilgesellschaftlichen Partizipation im Rahmen eines Ausschusses SOC (Comité de Representantes Gubernamentales sobre la Sociedad Civil) Raum zu geben und den Prozess insgesamt transparenter zu gestalten (ALCA 1998). Der SOC bekam die Aufgabe, Beschwerden, Kommentare und Verbesserungsvorschläge aus der Zivilgesellschaft zu sammeln und in verkürzter Form den Regierungsvertretern vorzulegen. Regierungen konnten sich selbst dafür entscheiden, die Vorschläge anzunehmen oder zu ignorieren. Einwürfe des Privatsektorforums wurden ausdrücklich in der Erklärung von San José angeführt. Die Äußerungen von Gewerkschaften, Indigenen- und Bauerngruppen sowie Nichtregierungsorganisationen verblieben dagegen ohne Kommentar (García 2004, S. 23). Der geringe Einfluss des SOC hatte zur Folge, dass bis 2002 nur 57 Vorschläge eingereicht wurden, wobei fast die Hälfte aus südamerikanischen Ländern und nur 17 % aus Zentralamerika stammten (Hillebrand 2003, S. 147).

Während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre Proteste gegen die neoliberale Politik noch zersplittert und auf einzelne gesellschaftliche Sektoren beschränkt waren, verschafften sich Gegenbewegungen seit Beginn der ALCA-Verhandlungen zunehmend Aufmerksamkeit (Schmalz/Tittor 2005, S. 33). Die entscheidende Wende wird in der Literatur auf den 1. Januar 1994, das Datum des Inkrafttretens der NAFTA, datiert (u.a. Schmalz/Tittor 2005). An diesem Tag stieß ein bewaffneter Aufstand der Zapatistas einen neuen sozialen Protestzyklus in Lateinamerika an (Rupert 2000, S. 74). Nach Erhebungen der CLACSO (Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales)

stieg die Anzahl der von sozialen Bewegungen verursachten gesellschaftlichen Konflikte in Lateinamerika in den Jahren 2001/2002 gravierend an. Als Grund für den Widerstand wurde unter anderem die Enttäuschung über negative Auswirkungen des neoliberalen Modells angeführt. So konnte die wirtschaftliche Dynamik in den Jahren zuvor nicht angekurbelt werden und auch das Verschuldungsproblem wurde trotz großer Versprechen nicht gelöst (Schmalz/Tittor 2005, S. 33). Zudem kooperierten soziale Bewegungen zunehmend mit Politikern. Im Folgenden werden drei Ebenen der gegenhegemonialen Bewegungen analysiert: Die Kampagnen auf nationaler Ebene innerhalb der einzelnen Staaten, die transnational organisierte ASC (Alianza Social Continental) und die ALBA (Alternativa Bolivariana para las Americas).

Nationale Kampagnen

Die nationalen Kampagnen der amerikanischen Länder hatten zum Teil unterschiedliche Ziele. In den Vereinigten Staaten organisierte eine breite protektionistische Front Aktionen gegen Freihandel. Obwohl US-Präsident Bush jr. die TPA erlangte, stieß er zum Teil in eigenen Reihen auf Protest, da weiterhin die Befürchtung existierte, dass Freihandel zu verstärkter Arbeitslosigkeit und unfairem Wettbewerb führe (Preusse 2004, S. 213). Vor allem Zitrusfarmer, Zuckerproduzenten und Stahlarbeiter hatten Angst, nach einem Abbau der Subventionen und Zölle, der lateinamerikanischen Konkurrenz nicht standhalten zu können. Auch die fehlende Implikation von Arbeits- und Umweltschutznormen wurde von Gewerkschaften und Umweltgruppen scharf kritisiert. Im Jahr 2004 stagnierten die ALCA-Verhandlungen, unter anderem weil in den USA Wahlen bevorstanden.

In Brasilien offenbarten Meinungsumfragen, dass der größte Teil der Bevölkerung dem ALCA-Projekt sehr kritisch gegenüberstand. Die Kritik richtete sich insbesondere gegen die Erweiterung des nordamerikanischen Einflusses in Lateinamerika (Gratius 2001, S. 19). NGOs, Verbände und Gewerkschaften klärten im Rahmen von nationalen Kampagnen die Bevölkerung über Auswirkungen und Ziele der ALCA auf. Elektronische Newsletter, Internetseiten in vier Sprachen, öffentliche Treffen und Protestaktionen sollten die Wähler

mobilisieren (García 2006, S. 84). Die Bewegung der Landlosen MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) und der Gewerkschaftsdachverband CUT (Central Unica dos Trabalhadores) sammelten im Jahr 2002 im Rahmen einer Volksbefragung fast zehn Millionen Unterschriften gegen die ALCA (Schmalz 2005, S. 126).

ASC – transnational organisierte Zivilgesellschaft

Nach Unterzeichnung der NAFTA im Jahr 1994 schlossen sich 1997 Gewerkschaften aus ganz Amerika zu einem Netzwerk, der ASC, zusammen, mit dem Ziel gegen die Ausweitung der NAFTA auf bilateralem oder regionalem Niveau vorzugehen. Das Netzwerk repräsentiert über 45 Millionen Mitglieder aus unterschiedlichen Gruppierungen in ganz Amerika. Aus der ASC ging mit der EHLCA (Encuentros Hemisféricos de Lucha contra el ALCA) eine Planungsgruppe aus verschiedenen Netzwerken und Organisationen des kontinentalen Widerstands hervor. Bis heute tagt sie regelmäßig, um sich über gemeinsame Aktionen gegen die ALCA zu verständigen (Schmalz 2005). Innerhalb der ASC werden politische Ziele formuliert und kontinentale Kampagnen koordiniert. Überdies knüpft die ASC Kontakte zu anderen Netzwerken. Parallel zu den Ministertreffen und den Gipfeln der Regierungschefs veranstaltete das Netzwerk Gegengipfel, die *Cumbre de los Pueblos* (Gipfel der Völker). Auf dem ersten Gipfel der Völker 1998 wurden Debatten über verschiedene Themen geführt. Ziel war es, eine gemeinsame Position zu entwickeln. Mit den „Alternativas para las Américas“ (Alianza Social Continental 2002) präsentierte die ASC im Jahr 2002 einen ausgearbeiteten Alternativvorschlag, der die ALCA-Verhandlungsthemen kritisiert und erweitert. Unter Berücksichtigung von Themen wie Menschenrechte, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz, Migration, Bildung, Gender und Nachhaltigkeit wurde ein Entwurf für ein Integrationsprojekt entwickelt, der sich gegen unbegrenzten Freihandel wendet. Die Ideen wurden bisher nicht in konkrete Regierungspolitik umgesetzt. Obwohl sich der Vorschlag als realistische Alternative versteht (Alianza Social Continental 2002, S. 8) und von verschiedenen, meist europäischen Autoren, als besonders einflussreich bewertet wird (u.a. Hillebrand 2003), erhielt er in den Medien im Vergleich zur ALBA nicht viel Aufmerksamkeit (García 2006, S. 89).

ALBA – Nationale Alternative

Auf der staatlichen Ebene zeigte sich vor allem die venezolanische Regierung ablehnend gegenüber dem neoliberalen Wirtschaftsmodell. Am 14. Dezember 2004 unterzeichneten Fidel Castro und Hugo Chávez die Gründungserklärung der ALBA (Alternativa Bolivariana para las Americas). Sie sieht vor, Kompensationsfonds zur Beseitigung von Entwicklungsunterschieden zwischen den Ländern zu bilden und schwachen Ökonomien in bestimmten Regionen eine besondere Behandlung zu gewährleisten (García 2006, S. 89). Schon vor der Unterzeichnung der ALBA hatten Castro (2001) und Chávez gegen die ALCA mobilisiert.

Auch umweltpolitische Ziele versprach die ALBA zu unterstützen. Die Gründung von *Petrocaribe* sollte die effiziente Nutzung von Rohstoffen zwischen Kuba und Venezuela koordinieren und die Verwendung alternativer Energiequellen fördern. Zur Unterstützung dieses Ziels wurde ein Entwicklungsfonds gebildet (García 2006, S. 91). Um den intraregionalen Handel zu unterstützen, exportiert Venezuela Erdöl nach Kuba. Kuba schickt indessen medizinisches Personal nach Venezuela.

Am alternativen Gipfel im Januar 2005 nahmen Chávez, Lula und der damalige bolivianische Präsidentschaftskandidat Morales teil. Der ALCA-Verhandlungsführer für Brasilien, Tovar da Silva Nunes, hält es für verfehlt, die Aufmerksamkeit zu stark auf Chávez zu richten. „Muito se falou sobre o Chávez. Eu estava na reunião [do Mar do Plata; d. Verf.]. Chávez falou muito para fora. Durante a reunião foi ele que foi mais local nesse assunto. Diz-se que é ideológico. O problema não é a Venezuela, mas sim os obstaculos criados por outros países. Por exemplo pela parte dos Estados Unidos, que tiveram dificuldades em negociar um acordo de livre comercio e que não aceitaram em fazer concessões em temas de subsídios e investimentos“¹⁵ (Da Silva Nunes, Interview 2006). Ergebnis des Gegengipfels war eine Abschlusserklärung, in der der sofortige Abbruch der ALCA-Verhandlungen, die Abschaffung aller bilateralen Verträge und die Beseitigung der Auslandsschulden gefordert wurden (ALBA 2005).

15 „Eine Freihandelszone stellt kein Problem dar. Eine Freihandelszone, in der einige Länder öffnen und andere nicht, kann jedoch nicht akzeptiert werden. Schließlich waren es die Vereinigten Staaten, die sagten, dass sie Anti-Dumping und Subventionen nicht verhandeln wollten“ [Übers. NK].

Bisher weist die ALBA jedoch viele Widersprüche auf, stellt keine radikale Alternative zur ALCA dar und proklamierte Ziele stimmen zum Teil nicht mit konkreten Inhalten überein. Trotz ihrer Kritik gegenüber Handelsliberalisierung beruht ein Großteil der Pläne der ALBA auf Prinzipien der Freihandelslehre. Ein wichtiges Ziel der ALBA war von Beginn an die Abschaffung der Zölle zwischen den beteiligten Ländern.

Kirche

Auch Kirchen mobilisierten gegen die ALCA. Da der Großteil der lateinamerikanischen Bevölkerung Mitglied in einer christlichen Kirche ist, darf der Einfluss der Kirche auf die Meinungsbildung nicht unterschätzt werden (Villarreal 2003). Im Jahr 2002 setzten sich Vertreter von Kirchen aus ganz Lateinamerika in einem Seminar in Quito zusammen und erarbeiteten eine ökumenische Deklaration gegen die ALCA. Das Dokument *Integración y solidaridad entre los pueblos de las Américas*¹⁶ wurde im Jahr 2003 von den transnationalen Organisationen CLAES (Centro Latino Americano de Ecología Social) und D3E (Desarrollo, Economía, Ecología, Equidad América Latina) veröffentlicht (CLAES/D3E 2003).

Befürworter

Trotz großer Proteste gegen das ALCA-Projekt gab es in den Amerikas eine bedeutende Anzahl von Befürwortern. Auch lateinamerikanische Fürsprecher betrachten das Vorhaben zumeist als politischen und wirtschaftlichen Stabilitätsanker der USA. Anhand vertraglicher Regeln erhofften sie sich jedoch, auch lateinamerikanische Interessen zu stärken und die eigene Position auf dem amerikanischen Kontinent zu sichern (Gratius 2001, S. 21). In Brasilien sind einige Betriebe wettbewerbsfähig und bereit für eine ALCA. Vor allem die Stahl- und Celluloseindustrie sowie die Land- und Viehwirtschaft würden nach der Freihandels- theorie von einem gleichberechtigten Wettbewerb mit anderen amerikanischen Staaten profitieren. Allerdings unter der Voraussetzung, dass sich die USA bereit erklären, ihrerseits tarifäre und

16 Beachtet werden muss, dass ein Intervallsprung immer eine ganze Zehnerpotenz umfasst, so dass z.B. neben Kanada und Brasilien, mit US-Importen von über 1000 bis 2000 Mrd. \$, auch Ländern mit um die 100 Mrd. \$ differenziert sichtbar sind.

nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen, was bisher nicht geschehen ist (García 2006, S. 84). Die brasilianische Regierung unterstützte unter Lula das ALCA-Projekt, vertrat dabei jedoch die Interessen des Agrarsektors und wandte sich gegen die Subventionspolitik der USA (García 2006, S. 86).

Mit Hilfe des neogramscianischen Ansatzes kann in der Folge argumentiert werden, dass das Projekt ALCA bis 2005 nicht zustande kam, weil kein Konsens erlangt wurde und sich kein hegemonialer Block etablierte. Auf Regierungsebene konnten die USA im ALCA-Prozess keine starke Führungsposition aufweisen. Zudem bildete sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene ein breites oppositionelles Netzwerk heraus, das Einfluss auf das Ergebnis der Verhandlungen ausübte.

Kritische Bilanz

Eine allgemeine Kritik an neogramscianischen Perspektiven kann an den marxistischen Wurzeln der gramscianischen Theorie ansetzen bzw. an der Frage, ob diese noch zeitgemäß sind. Die Postulierung einer ‚subalternen Klasse‘ setzt auf dem marxistischen Klassenbegriff auf, ohne ihn zu replizieren. Während bei Marx eine Klasse durch ihre Stellung im ökonomischen Produktionsprozess bestimmt wird, handelt es sich hier eher um die Verortung im sozialen wie politischen Machtspektrum. Empirisch spricht zurzeit wenig für eine innergesellschaftliche wie internationale Dichotomie des ‚Unten-Oben‘. Vielmehr sind in den entwickelten Ländern wie in der Weltgesellschaft unterschiedliche Machtzentren mit diversen, sich teils kontrollierenden, teils konkurrierenden oder kooperierenden, aber wenig hierarchisch organisierten Aktivitäten festzustellen. Allerdings ist die Lage in den Ländern Lateinamerikas insofern anders, als eine größere Schicht von verarmten Bauern, Indigenen, Slumbewohnern bis hin zu immer noch weitgehend rechtlosen Industriearbeitern als ‚Subalterne‘ bezeichnet werden könnte und sich vor allem selbst auch subjektiv als solche betrachtet. Umgekehrt kann sich der Komplex wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht unter den Bedingungen mangelnder konstitutioneller wie rechtlicher Beschränkungen als Herrschaftsblock darstellen. Zugleich widersprechen die Erfolge der ‚subalternen‘ ALCA-Gegner selbst der Vorstellung monopolisierter Herrschaftsgewalt, und damit wird auch der Klassenbegriff aufgeweicht.

Neogramscianische Analysen fanden bisher wenig Beachtung und Sekundärliteratur stammt fast ausschließlich von marxistisch-orientierten Autoren. In den 1990er Jahren entstand eine Debatte zwischen orthodoxen und post-positivistischen Kritikern. Orthodoxe Marxisten argumentierten, dass Neogramscianer Sachzwänge, die sich aus dem Kapitalismus ergäben, nicht ausreichend thematisierten. Insbesondere die Analyse von Klassenverhältnissen komme zu kurz. Burnham (1991) wendet sich gegen die starke Betonung der ideologischen Ebene, denn eine derartige Analyse führe zu einer willkürlichen Betrachtung gesellschaftlicher Beziehungen. Den neogramscianischen Begriff der Zivilgesellschaft kritisieren Germain und Kenny (1998). Sie zweifeln am wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn durch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte in die Analyse internationaler Beziehungen. Die erwähnten Kritikpunkte gehen damit auf zentrale Begriffe ein, deren besondere Stärke nun gerade von neogramscianischen Ansätzen behauptet wird. In dieser Untersuchung wurden empirische Anhaltspunkte geliefert, die zeigen, dass zivilgesellschaftliche Kräfte und ihre politischen Überzeugungen einen bedeutenden Einfluss auf internationale Beziehungen ausüben können.

Germain und Kenny machen auf die Gefahr aufmerksam, Gramsci zu einseitig zu interpretieren und Interpretationen des Originalwerks unreflektiert oder gar falsch zu replizieren. Aus diesem Grund solle sich die Forschung stärker auf Gramscis Originaltexte berufen (Germain/Kenny 1998).

Neogramscianische Analysen betrachten sich selbst als Alternative, nicht als Ergänzung zu den ‚Mainstream-Theorien‘ der Internationalen Beziehungen. Im Rahmen dieser Analyse konnten sie andere Theorien ergänzen, aber nicht ersetzen. „Many Marxian interpretations of hegemony turn out to bear an uncanny resemblance to Realist ideas, using different language to make similar points. Antonio Gramsci’s conception of ideological hegemony, however, does provide an insightful supplement to purely materialist arguments, whether Realist or Marxist“ (Keohane 1984, S. 32).

Die neogramscianische Analyse erscheint im Vergleich zur Theorie hegemonialer Stabilität auf den ersten Blick weitaus komplizierter, da es nicht mehr nur auf die Untersuchung von Ursache-Wirkungs-Mechanismen ankommt. Folgen können unter anderem sein, dass die Ansätze empirisch schwerer zu

überprüfen sind und zwischen den einzelnen neogramscianischen Konzepten oft nicht klar differenziert werden kann. Die Komplexität der gramscianischen Analyse bedeutet jedoch gerade eine Stärke – zumindest dann, wenn die Theorie-teile konsistent zueinander und nicht quasi nach Belieben als Versatzstücke zur Interpretation hinzugezogen werden.

V. Fazit

Es wurde nach Antworten auf die Frage gesucht, warum die ALCA zum vereinbarten Termin nicht unterzeichnet wurde. Als empirische und theoretische Grundlage dienten die zurzeit noch eher spärliche politologische und wirtschaftswissenschaftliche Literatur, Dokumente und Verhandlungsergebnisse, Presseberichte, Datenbanken sowie eigene Interviews mit teilweise an führender Stelle am ALCA-Prozess agierenden Vertretern der beteiligten Länder. Um über die reine Faktenanalyse und Motivationsfindung der Akteure hinaus zur wissenschaftlichen Bearbeitung der Fragestellung zu kommen, wurden drei theoretische Ansätze als unabhängige Variablen herangezogen, die jeweils von unterschiedlichen Perspektiven ausgehen: Erstens die klassische Freihandelstheorie sowie aktuellere Ansätze zu ökonomischer Integration, zweitens die Theorie hegemonialer Stabilität und drittens neogramscianische Perspektiven. Zunächst beschrieben die klassische Freihandelstheorie und die Debatte um ökonomische Integration die ökonomischen Zielsetzungen des ALCA-Projekts. Im Zuge der zunehmenden wirtschaftlichen Regionalisierung haben sich verschiedene Positionen herausgebildet, die Freihandelszonen befürworten oder ablehnen. Die Infant-Industry-Argumentation liefert eine Erklärung für protektionistisches Verhalten und nennt Gründe, warum sich Staaten in bestimmten Sektoren zumindest gegen kurz- oder mittelfristige Liberalisierungsmaßnahmen wenden.

Eine rein ökonomische Analyse wäre der Beantwortung der zentralen Frage jedoch nicht gerecht geworden, da ganz offensichtlich nicht nur ökonomische Kosten- und Nutzenkalkulationen, sondern auch machtpolitische Interessen den Prozess maßgeblich mitbestimmten. Es wurden zwei Ansätze der Internationalen Beziehungen herangezogen, die hegemoniale Strukturen im ALCA-Prozess in den Mittelpunkt der Analyse rückten, wobei sie von einem unterschiedlichen Verständnis

von Hegemonie ausgingen. Der Hegemoniebegriff der Theorie hegemonialer Stabilität erwies sich als weiterführend in Bezug auf materielle Faktoren. Die USA sah sich demnach weder in der Lage, die Kosten für die Hegemonie zu übernehmen und die Freihandelszone (insbesondere durch Subventionsabbau) zu finanzieren, noch ließen sich die Kosten auf die potentiellen Freihandelspartner abwälzen, indem die anderen Länder des Kontinents Regeln nach Vorstellung der USA akzeptierten. In Lateinamerika erklärten sich vor allem die MERCOSUR-Länder nur unter der Voraussetzung der Abschaffung von Subventionen in den USA zum Abbau ihrer Zölle bereit. Die US-Regierung war zunächst nicht abgeneigt, knüpfte ein solches Versprechen aber an die Ergebnisse der Doha-Runde und damit an das Verhalten von Europa und Japan, die ihrerseits eine hohe Subventionspolitik betrieben. Doch auch die Doha-Runde kam zu keinem Ergebnis und weder die USA, noch Europa und Japan sahen vor, Subventionen abzubauen.

Da sich die Analyse nach der Theorie hegemonialer Stabilität auf Staaten und auf materielle Faktoren beschränkt, greift sie für die Frage der Untersuchung zu kurz. Anhand des politikwissenschaftlichen Liberalismus hätten an dieser Stelle auch innenpolitische Prozesse mitberücksichtigt werden können. Da jedoch auch der Liberalismus dem Einfluss transnationaler Akteure keine Beachtung schenkt und hegemoniale Aspekte vernachlässigt, wird er hier nicht weiter verfolgt. Der Ansatz von Cox und Gill erwies sich dagegen als fruchtbar, da ideologische Faktoren sowie transnationale Prozesse beachtet werden, der Staat als Analyseeinheit jedoch nicht ausgeschlossen wird. Auf ideologischer und gesellschaftlicher Ebene stieß das ALCA-Modell zunehmend auf Widerstände. In den USA stammten Gegner des Projektes vor allem aus Landwirtschaft, Stahlsektor, Umweltorganisationen und Gewerkschaften. In Lateinamerika haben sich Freihandel und neoliberale Wirtschaftsformen kaum selbstständig entwickelt, sondern wurden zum Teil auf äußeren Druck hin übernommen. Folge war ein fehlender gesellschaftlicher Konsens ohne den sich keine Hegemonie etablieren konnte. In den 1990er Jahren entstand mit der ASC ein kontinentweites Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Initiativen mit dem Ziel, den ALCA-Prozess zu hemmen. Auch Kirchen organisierten sich transnational und in Medien wurde vermehrt Skepsis gegen die ALCA geäußert. Auf staatlicher Ebene kritisierten

südamerikanische Regierungschefs die ALCA und formulierten mit der ALBA einen Alternativvorschlag für lateinamerikanische Länder. Der neogramscianische Ansatz kann somit die Transnationalisierung der Zivilgesellschaft erklären, ohne den Einfluss der nationalen Regierungen zu relativieren.

Das Scheitern des untersuchten regionalen Integrationsprojektes geht wesentlich auf Machtkonflikte zurück. Eine rein ökonomische Analyse des Prozesses wäre damit ungenügend. Die ALCA kam vor allem deshalb nicht zustande, weil es an der Durchsetzungskraft einer Hegemonie fehlte. Hegemonien legitimieren sich aber nicht nur materiell, sondern auch politisch, ideologisch und über gesellschaftliche Akzeptanz. Im Hintergrund stehen dabei immer auch andere Verbindlichkeiten – etwa die Handelspartnerschaften mit Europa und Japan.

Ausblick

Auf diese Weise wurde von dem historischen Prozess der inneramerikanischen Handelsbeziehungen ausgegangen, um den Prozess zu einem Zeitpunkt, nämlich dem Scheitern einer Verhandlungsrunde, zu bewerten. Damit handelte es sich in dieser Analyse um eine Momentaufnahme; nicht ausgeschlossen ist, dass das Projekt einer Freihandelszone andere Wege finden wird. Die theoretischen Erklärungen stellen hier Interpretationen dar, die die wichtigsten Erklärungsmuster benennen, können aber kaum so konkret sein, dass sie die notwendigen und hinreichenden Gründe für singuläre Ereignisse aufzeigen. Für eine Überprüfung der Theorien reicht der historische Einzelfall nicht aus. Insofern zwingt die Fragestellung gewissermaßen zu interpretatorischer Bescheidenheit. An dieser Stelle wäre es interessant, die Suche nach Ursachen des Scheiterns von Integrationsabkommen durch weitere Fallanalysen zu ergänzen und zu konkretisieren.

Politikwissenschaftliche Analysen ökonomischer Sachverhalte konzentrierten sich lange auf die staatliche Ebene. Eine stärkere Berücksichtigung innergesellschaftlicher Kräfte könnte den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn vertiefen und ethische Aspekte stärker zur Geltung bringen. Analysen über das Nichtzustandekommen von Kooperationsprojekten sollten sich in diesem Sinne verstärkt auf die Rolle von Normen sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen und deren politische

Einflussmöglichkeiten konzentrieren. Die neogramscianische Analyse könnte hier mit konstruktivistischen Ansätzen, insbesondere aber durch die Frage nach der Wirksamkeit von Ideen vertieft werden.

Nachdem die ALCA-Verhandlungen 2005 gestoppt wurden, wandten sich die meisten amerikanischen Staaten verstärkt bilateralen Verhandlungen über Freihandelsverträge zu. Am 1. Januar 2006 trat mit der CAFTA (Central American Free Trade Area) ein Freihandelsabkommen zwischen Nord- und Mittelamerika in Kraft. Es folgten die bilateralen Freihandelsverträge der USA mit Kolumbien und Peru. Auch die ecuadorianische Regierung verhandelte bis zur Präsidentschaftswahl im November 2006 über den Abschluss eines Freihandelsvertrags mit den USA. Die Regierungen Boliviens, Venezuelas und Kubas unterzeichneten die ALBA.

Doch auch auf Regierungsebene unterschieden sich die ideologischen Vorstellungen der ALCA-Verhandlungsstaaten. Während der so genannten ‚linken Welle‘ kamen mit der Wahl von Hugo Chávez in Venezuela, Luiz Ignácio Lula da Silva in Brasilien, Nestór Kirchner in Argentinien und Tabaré Vazquéz in Uruguay mehrere linke Präsidenten in Südamerika an die Macht. Nach Januar 2005 folgten die Wahlen linksorientierter Präsidenten in Lateinamerika: in Bolivien mit Morales im Januar 2006, in Chile mit Bachelet im März 2006, in Peru mit García im Juni 2006, in Ecuador mit Correa im November 2006 und auch in Nicaragua mit Ortega im November 2006. Eine Alternative von linksorientierten Kräften erscheint trotz allem in näherer Zukunft nicht realistisch, zumal linksorientierte Bewegungen in Lateinamerika momentan keinen zusammenhaltenden Block bilden (Zilla, Interview 2006).

VI. Bibliographie

- ALBA (2005): Declaración final de la primera reunión Cuba-Venezuela para la aplicación de la Alternativa Bolivariana para las Américas, April 2005, in: <http://www.alternativabolivariana.org/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=231>, eingesehen am 30. Juli 2006.
- ALCA (1994): Declaración de Miami - Primera Cumbre de las Américas, 9.-11. Dezember 1994, in: http://www.ftaa-alca.org/Summits/Miami/declaracion_s.asp, eingesehen am 25. Mai 2006.
- ALCA (1998): Declaración conjunta de San José - Cuarta reunión ministerial de comercio, 19. März 1998, in: http://www.ftaa-alca.org/Ministerials/SanJose/SanJose_s.asp, eingesehen am 25. Mai 2006.
- Alianza Social Continental (2002): Alternativas para las Américas, in: <http://www.art-us.org/docs/alternativas%20enero%202003.pdf>, eingesehen am 14. Juli 2006.
- Barrett, Jane/Caldwell, Rhoda (1998): Canada's economic interests in the FTA, Trade and economic policy commentary, Nr. 22, Canada, Department of Foreign Affairs and International Trade.
- Bélanger, Louis/Mace, Gordon (1999): The Structural Context of Hemispheric Regionalism: Power, Trade, Political Culture, and Economic Development, in: Bélanger, Louis/Mace, Gordon (Hrsg.): *The Americas in Transition - The Contours of Regionalism*, London, Boulder.
- Bergsten, Fred C. (1997): Open Regionalism, in: *The World Economy*, Nr. 20, S. 545-565.
- Bhagwati, Jagdish (1993): Regionalism and multilateralism: an overview, in: De Melo, Jaime/Panagariya, Arvind (Hrsg.): *New dimensions in regional integration*, Cambridge, Cambridge University Press, S. 22-51.
- Bhagwati, Jagdish (2000): *The Wind of the Hundred Days: How Washington mismanaged globalisation*, Cambridge, London, Massachusetts Institute of Technology.
- Bhagwati, Jagdish/Panagariya, Arvind (1996): The Theory of Preferential Trade Agreements: Historical Evolution and Current Trends, in: *The American Economic Review* 86, Nr. 2, S. 82-87.
- Castro, Fidel (2001): *El ALCA significará más neoliberalismo – Anexión No*, La Habana, Editora Política.
- Ceceña, Ana E. (2004a): *Estrategias de construcción de una hegemonía sin límites*, in: dies. (Hrsg.): *Hegemonías y emancipaciones en el siglo XXI*, Buenos Aires, CLACSO, S. 37-59.
- CEPAL (2005): América Latina y el Caribe crecerá 4,3 % este año, in: <http://www.eclac.cl/cgi-bin/getProd.asp?xml=/prensa/noticias/comunicados/0/22170/P22170.xml&xml=/prensa/tpl/p6f.xml&base=/tpl/top-bottom.xml>, eingesehen am 15. September 2006.
- Chang, Ha-Joon (2002): *Kicking Away the Ladder - Development Strategy in Historical Perspective*, London, Anthem Press.
- CLAES/ D3E (2003): *Integración y solidaridad entre los pueblos de las Américas*, in: <http://www.integracionur.com/publicaciones/IglesiasFrenteAlca.pdf>, eingesehen am 10. November 2006.
- Cohen, Stephen/Paul, Joel/Blecker, Robert (2003): *Fundamentals of US Foreign Trade Policy - Economics, Politics, Laws and Issues*, Colorado, Boulder, S. 49-79.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, Hegemony and International Relations: An essay in method, in: Gill, Stephen (Hrsg.): *Gramsci, historical materialism and international relations*, Cambridge Studies in International Relations, Nr. 26, Cambridge, Cambridge University Press, S. 49-67.

Da Silva Nunes, Tovar (Verhandlungsführer für Brasilien im ALCA-Prozess, momentan zweiter Botschafter in der brasilianischen Botschaft), Berlin, Interview vom 28. Juli 2006 in Berlin.

Erbar, Juan J. (Leiter der Handels- und Wirtschaftsabteilung der Botschaft der Republik Argentinien), Berlin, Interview vom 3. August 2006.

García, Ana (2006): Es gibt Alternativen zur ALCA – ALBA und warum der ALCA Prozess gestoppt wurde, in: *Prokla*, Nr. 142, S. 81-95.

Gaviria, César (2001): Integration and Interdependence in the Americas, in: Robert, Maryse/José M. Salazar-Xirinachs (Hrsg.): *Toward Free Trade in the Americas*, Washington D.C., Brookings Institution Press and General Secretariat of the Organisation of American States, S. 303-316.

Germain, Randall/Kenny, Michael (1998): Engaging Gramsci: International Relations Theory and the New Gramscians, in: *Review of International Studies* Vol. 24, Nr. 1, S. 3-21.

Gill, Stephen (2003): *Power and Resistance in the New World Order*, New York, Palgrave Macmillan.

Gilpin, Robert (1987): *The Political Economy of International Relations*, Princeton, Princeton University Press.

Gramsci, Antonio (1991ff): *Gefängnishefte - Band 1-10*, Hamburg, Argument.

Gratius, Susanne (2001): *Sackgasse ALCA? – Das amerikanische Freihandelsprojekt zwischen Bilateralismus und Monroe-Doktrin*, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2003): *Empire – Die neue Weltordnung*, Frankfurt a. M., Campus.

Hillebrand, Ernst (2003): ALCA von unten – die lateinamerikanische Zivilgesellschaft und die Diskussion um eine gesamtamerikanische Freihandelszone, in: *Lateinamerika Analysen*, Nr. 5, S. 145-168.

Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich (2000): Regionalisierung/Regionalismus, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen, Leske + Budrich, S. 383-392.

IADB (2005): *Latin America and the Caribbean in 2004*, in:

http://www.iadb.org/exr/ar2004/LAC_Economic.cfm?language=EN&parid=4&item1id=4.

Keohane, Robert O. (1984): *After Hegemony – Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, Princeton University Press.

Kindleberger, Charles P. (1973). *The World in depression 1929-1939*, London, The Penguin Press.

Krueger, Anne (2003): Free Trade Agreements as protectionist devices: Rules of Origin, NBER Working Paper #4352, Durham, in: Landmann, Lucretia: *Ursprungsregeln und Freihandelszonen*, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.

Krugman, Paul/Obstfeld, Maurice (2006): *International Economics – Theory and Policy*, 7. edition, Boston, Pearson International Edition.

List, Friedrich (1950): *Das nationale System der politischen Ökonomie*, 6. Auflage, Jena, Fischer.

Maldonado, Mario (Leiter der Handelsabteilung der ecuadorianischen Botschaft), Berlin, Interview vom 26. Juli 2006.

Marx, Karl (1985): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: *Marx Engels Gesamtausgabe*, 1. Abteilung, Band 11, Berlin, Dietz, S. 96-189.

Miller, Arnold S. (2004): *Free Trade: Current Issues and Prospects*, New York, Novinka Books.

Peña, José E. (Leiter der Handelsabteilung der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela), Berlin, Interview vom 2. August 2006.

Preusse, Heinz G. (2004): *The New American Regionalism*, Cheltenham, Massachusetts, Edward Elgar Publishing.

Ricardo, David (1923): *Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung*. 3. Auflage, Jena, Gustav Fischer, 1. Auflage 1871.

Rupert, Mark (2000): *Ideologies of Globalisation – Contending visions of a New World Order*, London, New York, Routledge.

Sader, Emir (2001): *Que les peuples se prononce – Vers une zone de libre-échange des Amériques*, in: *Le monde diplomatique*, April 2001, S. 6.

Schmalz, Stefan (2005): *Südamerika zwischen regionaler Integration und imperialer Einflussnahme – Der Mercosur als Keimzelle eines neuen politischen Regionalblocks?*, in: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hrsg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*, Hamburg, VSA, S. 112-136.

Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005): *Hegemoniezyklen in Lateinamerika – Einführung in den Kontext*, in: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hrsg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?*, Hamburg, VSA, S. 7-40.

Smith, Adam (1976): *An Inquiry into the Nature and Causes of The Wealth of Nations – two volumes in one*, Chicago, The University of Michigan Press, 1. Auflage 1776.

U.S. Census Bureau (2006a): in: <http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/product/enduse/imports/c3510.html>, eingesehen am 15. September 2006.

U.S. Census Bureau (2006b): *Total Trade (Goods)*, in: <http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/top/top0605.html>, eingesehen am 13. August 2006.

Villarreal, Nelson (2003): *Las iglesias frente al ALCA*, in: <http://www.integracionsur.com/publicaciones/IglesiasFrenteAlca.pdf>, eingesehen am 10. November 2006.

Viner, Jacob (1950): *The Customs Union Issue*, New York, Carnegie Endowment for International Peace.

WTO (2006a): *Argentina, Country Profiles*, in: <http://stat.wto.org/CountryProfile/WSDBCountryPFView.aspx?Language=E&Country=AR>, eingesehen am 01.07.06.

WTO (2006b): *Brazil, Country Profiles*, in:

<http://stat.wto.org/CountryProfile/WSDBCountryPFView.aspx?Language=E&Country=BR>, eingesehen am 01.07.06.

Zambrano Salmen, André (Botschaftssekretär für Auswärtige Beziehungen – Abteilung Wirtschaft und Handel der Botschaft der Republik Kolumbien), Berlin, Interview vom 3. August 2006.

Zilla, Claudia (Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsgruppe Amerika), Berlin, Interview vom 13. Dezember 2006.

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



Ressource Wasser

Regulieren statt Privatisieren
Armut, Klimawandel und Wasser
Wasser ohne Grenzen
Zentralasien: Flüsse und Recht
Wasser in Südafrika
Paradigmenwechsel gefordert!

Migration und EU-Grenzen
Bildung in Vietnam
NATO und Russland

57



Militärmacht Deutschland?

Neue Bedrohungen, altes Denken
Militär zur Nationenbildung?
Entgrenzte Einsätze
Militärpolitik im Umbruch
Interessen versus Ideologie
Einsätze im Parteienstreit
Deutschland ist Militärmacht!

Chinas Stabilität
US-Antiraketen und Russland

56



g8 alternativ

Quo vadis, G8?
Symbolpolitik
Globale Bewegungen
Indiens Aufstieg
Brasiliens Suche
Chinas Interessen

Bundeswehr im Einsatz
Raketen in Mitteleuropa

55



Identität Europa

Bürger und Identität
Geeint in Vielfalt
Wir und das Fremde
Dynamik der Identität
EU-Demokratiedilemma
Identität und Vertrauen

Deutsches Militär
EU-Ratsgemenge

54

bestellung@welttrends.de

4 Hefte für nur 20 €.

Die kleine politische Bibliothek.

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



Rotes China Global

Außenpolitik Chinas
China und die Welt
Wachstum ohne Ende?
Partner Russland
Die Taiwan-Frage
Auslandschinesen
Politischer Systemwandel
Chinesisches Jahrhundert?

53



Deutsche Ostpolitik

Kühler Kopf statt Megaphon
Pipelines des Imperialismus?
Neue Akzente statt Neubeginn
Weimar europäisieren
Instabilität in der Stabilität
Ein neues Zwischeneuropa?
Neue Ostpolitik konkret!

Forum:
Rot-Grüne Außenpolitik

52



Geheime Dienste

Geheimdienste in Demokratien
Kontrolle der Nachrichtendienste
Die Dienste im Nahost-Konflikt
Wandel der Dienste – UK und Polen
EU-Geheimdienstkooperation
Das MfS im Prager Frühling
Geheimdienste und ABC-Waffen

Forum: BND
Zwischen Effizienz und Demokratie
Der Euro geht nach Osten
Hobbes und die Weltpolitik

51



Kerniges Europa

Erweiterung ohne Vertiefung
Polen und Kerneuropa
Sicherheitsstrategien im Vergleich
Die Union neu ausrichten

Forum:
EU-Diplomatie im Jahre 2020

Streitplatz:
Deutsche Ostpolitik

SWP – Think Tank für Außenpolitik
Deutsche in polnischer Sicht
Minderheitenpolitik in Europa
Human Security – Ein Sicherheitsko
Iran – Die unaufhaltsame Bombe

50

bestellung@welttrends.de

4 Hefte für nur 20 €.

Die kleine politische Bibliothek.

www.welttrends.de



Universitätsverlag Potsdam

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Wissenschaftliche Literatur
in elektronischer, gedruckter
und multimedialer Form

Bestellen Sie online oder
per e-mail: ubpub@uni-potsdam.de
per Telefon: +49 (0)331 977-4517
per Fax: +49 (0)331 977-4625

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die *WeltTrends Papiere!*

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtspolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirirad (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Welt Trends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.

Unverzichtbar fürs Seminar.

Kostengünstig für das studentische Budget.

Für Studenten und Dozenten!

- 1 | Nachdenken über Europa
- 2 | Autoritäre Regime
- 3 | Grenzen der EU
- 4 | Wissenschaftliches Schreiben
- 5 | Herrschaft in Süd- und Mittelamerika
- 6 | Internationale Beziehungen: Konzepte
- 7 | Regime im Nahen und Mittleren Osten
- 8 | Regieren in Brandenburg
- 9 | Politische Herrschaft im Vergleich

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Herrn Raimund Krämer (0331-9774535 oder r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Welt Trends

Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift WeltTrends
6 Hefte und Register zum Preis von 40 € inkl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift WeltTrends
6 Hefte und Register zum Preis von 25 € inkl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift WeltTrends
6 Hefte und Register zum Preis von 80 € inkl. Porto.
- WeltTrends Nr. []
zum Preis von je 8 € (Nr. 1-57 nur 5 €) zzgl. Porto.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift WeltTrends.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Gewünschte Zahlungsweise

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr. _____

Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail-Adresse _____

Datum und Unterschrift